Bericht 2016

zum institutsbezogenen Sicherungssystem der Raiffeisen Bankengruppe auf Bundesebene (B-IPS)

Gemäß Art. 113 Abs. 7 lit. e CRR

Inhalt

Lagebericht	3
Verschmelzung von RZB und RBI	3
Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich	3
Allgemeine Informationen zum Bundes-IPS	
Entwicklung der Märkte	8
Finanz- und Ergebnislage	10
Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess	16
Funding	20
Entwicklung des Bankensektors	21
Regulatorisches Umfeld	22
Ereignisse nach dem Bilanzstichtag	
Ausblick	
Risikobericht	26
Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung	40
Aggregierte Bilanz	
Zusammensetzung des B-IPS	42
Glossar	54

Lagebericht

Verschmelzung von RZB und RBI

Mit Eintragung ins Firmenbuch am 18. März 2017 wurde die Raiffeisen Zentralbank Österreich als übertragende Gesellschaft mit der RBI AG als übernehmende Gesellschaft verschmolzen. Mit dieser Eintragung und dem Beitritt der RBI AG in das B-IPS dürfen die Mitglieder des B-IPS gemäß Bescheid vom 18. Jänner 2017 Risikopositionen gegenüber der RBI AG von den Anforderungen des Art 113 Abs 1 CRR ausnehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0 % zuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen. Für Zwecke der Ermittlung der Eigenmittel sind die Positionen in Eigenmittelinstrumenten gegenüber der RBI AG nicht in Abzug zu bringen.

Die RBI AG ist somit oberstes Mutterunternehmen des Konzerns und Zentralinstitut des B-IPS.

Im vorliegenden Bericht zum 31. Dezember 2016 fungiert noch die Raiffeisen Zentralbank als Zentralinstitut des B-IPS.

Die Raiffeisen Bankengruppe Österreich

Die RBG ist die größte Bankengruppe des Landes und verfügt über das dichteste Bankstellennetz Österreichs. In der Finanzierung liegt der Schwerpunkt bei klein- und mittelständischen Handels-, Dienstleistungs-, Gewerbe- und Industrie-Unternehmen, im Tourismus und der Landwirtschaft. Österreichweit beschäftigt die RBG rund 29.000 Mitarbeiter.

Die dreistufig aufgebaute RBG besteht aus autonomen und lokal tätigen Raiffeisenbanken (1. Stufe), den ebenfalls selbständigen acht Raiffeisen-Landeszentralen (2. Stufe) sowie der RZB AG (3. Stufe).

Die 434 autonomen Raiffeisenbanken mit ihren 1.500 Bankstellen sowie die Landeszentralen und Spezialgesellschaften bilden ein flächendeckendes und weitläufiges Bankstellennetz. Die autonomen Raiffeisenbanken sind Universalbanken, die sämtliche Bankdienstleistungen anbieten und gleichzeitig Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale sind.



Die Raiffeisen-Landeszentralen (Raiffeisenlandesbanken bzw. Raiffeisenverband) übernehmen den Liquiditätsausgleich und bieten weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereichs an. Trotz der klaren Zuordnung im Aufbau der RBG beschränkt sich das Geschäftsgebiet nicht auf geografische Grenzen. Darüber hinaus agieren die Raiffeisen-Landeszentralen als selbständige Universalbanken und waren zum 31. Dezember 2016 Aktionäre der RZB AG. Rund 90 Prozent des Grundkapitals der RZB AG wurden Ende 2016 von den regional tätigen Raiffeisen-Landeszentralen gehalten.

Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich

Die Einlagensicherung und die Anlegerentschädigung sind in Österreich im Bundesgesetz über die Einlagensicherung und Anlegerentschädigung bei Kreditinstituten (Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz - ESAEG) geregelt. Für die Raiffeisenbanken, die Raiffeisenlandesbanken, die RZB AG und die RBI AG nimmt die Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE) die Funktion der gesetzlichen Einlagensicherung und Anlegerentschädigung wahr. Die Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Österreich (RKÖ) ergänzt seit dem Jahr 2000 die gesetzliche Einlagensicherung der RBG nach Maßgabe der wirtschaftlichen Reserven der teilnehmenden Banken. In der RKÖ haben sich die Landes-Kundengarantie-gemeinschaften mit der RZB AG und der RBI AG auf Bundesebene zusammengeschlossen. Derzeit sind Raiffeisenbanken und Raiffeisenlandesbanken aus sieben Bundesländern, die RZB AG und die RBI AG Mitglieder der RKÖ. Im Anlassfall werden die wirtschaftlichen Reserven aller beigetretenen Banken in rechtlich verbindlicher Weise herangezogen. Den Kunden werden dann werthaltige Forderungen gegenüber anderen Instituten der RBG angeboten.

Allgemeine Informationen zum Bundes-IPS

Im Zuge der regulatorischen Änderungen durch Basel III ergaben sich auch einige wesentliche Anpassungen betreffend der bis dato im BWG enthaltenen Regelungen für einen nach genossenschaftlichen Grundsätzen organisierten dezentralen Bankenverbund. Gemäß der EU-Verordnung müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung durch gebildete institutionelle Sicherungssysteme (IPS) besteht.

Deshalb wurde in der RBG ein IPS etabliert und dazu vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarungen geschlossen, die die teilnehmenden Institute absicheren und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellen. Basis für dieses Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung gemäß Artikel 49 CRR (Capital Requirements Regulation). Basierend auf der Aufbauorganisation der RBG wurde der Aufbau des IPS in zwei Stufen konzipiert (Bundes- bzw. Landes-IPS) und dementsprechend Anträge bei der zuständigen Aufsichtsbehörde gestellt. Die Finanzmarktaufsicht hat die Anträge im Oktober und November 2014 genehmigt. Die Raiffeisen Zentralbank Österreich als Zentralinstitut der RBG ist dabei Mitglied des Bundes-IPS, an dem neben den Raiffeisenlandesbanken die Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, die Posojilnica Bank (ehemals ZVEZA Bank), die Raiffeisen Wohnbaubank sowie die Raiffeisen Bausparkasse teilnehmen.

Das Bundes-IPS ist ein eigenes aufsichtsrechtliches Subjekt. Als Folge sind auch auf Ebene des Bundes-IPS die Eigenmittelbestimmungen der CRR einzuhalten. Damit erfolgt für die Mitglieder des Bundes-IPS kein Abzug ihrer Beteiligung an der Raiffeisen Zentralbank Österreich. Darüber hinaus können die IPS-internen Forderungen mit einem Gewicht von Null Prozent angesetzt werden.

Basis für das Bundes-IPS ist die einheitliche und gemeinsame Risikobeobachtung im Rahmen des Früherkennungssystems der ÖRE. Das IPS ergänzt somit als weiterer Baustein die gegenseitige Unterstützung im Rahmen der RBG im Falle wirtschaftlicher Probleme eines Mitgliedsinstitutes.

In Erfüllung der Anforderungen gemäß Art. 113 Abs. 7 CRR enthält der Vertrag insbesondere folgende Regelungen:

Früherkennung

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des B-IPS, aber auch des B-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist ein Früherkennungssystem einzurichten. Die Früherkennung ist ein wesentlicher Eckpfeiler des B-IPS.

Die Vertragsparteien verstehen unter dem Begriff "Früherkennung" die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des B-IPS, aber auch beim B-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen.

Für das B-IPS wird das bestehende Früherkennungssystem der ÖRE verwendet, welches im Risikobericht näher beschrieben ist.

Risikorat

Als Entscheidungsgremium des B-IPS wird der Risikorat eingerichtet. Der Risikorat setzt sich aus Vertretern der Mitgliedsinstitute zusammen und umfasst neun stimmberechtigte Mitglieder. Er entscheidet in allen Angelegenheiten, die den B-IPS-Vertrag und seine Umsetzung betreffen, sofern sie nicht der Versammlung der Vertragsparteien vorbehalten sind. Dies betrifft Änderungen dieses Vertrages sowie die Beendigung dieses Vertrages und die Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorsitzende des Risikorats vertritt das IPS nach außen in allen gerichtlichen und außergerichtlichen Angelegenheiten, insbesondere gegenüber den nationalen und europäischen Aufsichtsbehörden (einschließlich des Verfahrens zur Anerkennung des IPS). In dieser Funktion ist er auch berechtigt, Schriftstücke entgegenzunehmen und Anträge zu stellen sowie die ihm hiermit eingeräumte Vollmacht auf einen Substituten zu übertragen.

Sämtliche Beschlüsse des Risikorates sind für alle Mitglieder des B-IPS grundsätzlich verbindlich. Im Sinne einer effektiven Bestandssicherung sowie des gesetzlichen Erfordernisses der Unverzüglichkeit der Unterstützungsleistung sind Beschlüsse des Risikorates von den Mitgliedern demgemäß rasch umzusetzen.

Jedes Mitglied im B-IPS hat zuerst alle zumutbaren Möglichkeiten auf Institutsebene (Solo- und KI-Gruppe) und im regionalen Bereich auszuschöpfen (einschließlich einer Antragstellung an ein allfälliges L-IPS oder wenn ein solches im Bundesland nicht besteht, Antragstellung an den jeweiligen Solidaritätsverein), um eine Inanspruchnahme des B-IPS zu vermeiden (Anspannungsgrundsatz).

Einflussnahme

Die gesetzlich geforderte Einflussnahme ist charakterisiert wie folgt:

- sie erfolgt ausschließlich durch Beschluss des Risikorates;
- sie ist immer mit einer Maßnahme verbunden und
- sie ist zu messen an § 39 BWG sowie an den Grundsätzen der Subsidiarität, der Proportionalität und der sachlichen Angemessenheit.

Maßnahmen

Der Risikorat wird Maßnahmen insbesondere dann beschließen, wenn

- (i) eine ökonomische Fehlentwicklung im Sinne des § 2 Absatz 4 des oben genannten Vertrags vorliegt; oder
- (ii) ein Mitglied einen entsprechenden Antrag gestellt hat, wobei der Risikorat nicht an die beantragten Maßnahmen gebunden ist; oder
- (iii) ein Mitglied gegen diesen Vertrag verstoßen hat.

Die möglichen Maßnahmen sind vielfältig und reichen von der Auferlegung von Berichtspflichten bis zur Verfügungstellung von Eigenmitteln.

Monetäre Maßnahmen können an Auflagen und Bedingungen geknüpft werden. Über die Art und den Umfang von Auflagen und Bedingungen entscheidet der Risikorat. Auflagen und/oder Bedingungen können beispielsweise sein:

- besonderen Berichtspflichten
- Managementgesprächen
- Analyse auf Nachhaltigkeit des gegebenen Geschäftsmodells des betroffenen Mitgliedes
- Ausarbeitung von Struktur- und Sanierungskonzepten
- Unterstützung bei der Eintreibung von Problemkrediten
- Angebot zur Übernahme von Assets
- Zurverfügungstellung von Liquidität
- Bilanzierungshilfen
- Zurverfügungstellung von Eigenmitteln (im weitesten Sinn).

Beitragsleistung

Die Mitglieder sind zur Leistung jährlichen Zahlungen zum Aufbau eines Sondervermögens (Stufe 1) sowie Ad-hoc Zahlungen verpflichtet. Ad-hoc Zahlungen werden vom Risikorat dann vorgeschrieben, wenn das Sondervermögen nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreicht (Stufe 2). Die Obergrenze für Ad-hoc Zahlungen im Rahmen von Stufe 2 liegt pro Geschäftsjahr bei 50 % des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre.

Sofern auch die Zahlungen aus Stufe 2 nicht zur Erfüllung des Vertragszwecks ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern zusätzliche Ad-hoc-Zahlungen bis zu einer Höhe von maximal 25 % jener Eigenmittel vorschreiben, die die "Eigenmittelgrenze" überschreiten. Die "Eigenmittelgrenze" besteht aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen Mindesteigenmitteln (CET1-Quote, T1-Quote und EM-Gesamtquote) jeweils zuzüglich eines Puffers von 10%.

Vertragslaufzeit

Der Vertrag ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Jedes Mitglied ist berechtigt, diesen Vertrag unter Einhaltung einer mindestens zweijährigen Kündigungsfrist zum Ende eines jeden Kalenderquartals zu kündigen.

Die FMA hat im Bescheid vom 31.10.2014 für das B-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit entsprechenden Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Den Auflagen wurde fristgerecht nachgekommen.

Der vorliegende Bericht gem. Art. 113 Abs. 7 lit. e wird für das B-IPS erstellt. Der Bericht umfasst den Lagebericht, den Risikobericht sowie eine aggregierte Bilanz und aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2016. Darin einbezogen sind die CRR Gruppen der Mitglieder des B-IPS. Siehe dazu Kapitel Konsolidierungskreis.

Entwicklung der Märkte

Märkte im Bann der Geldpolitik

Die Politik der internationalen Notenbanken dominierte auch im vergangenen Jahr die Entwicklung auf den Geld- und Kapitalmärkten. So beschloss die Europäische Zentralbank (EZB) im Frühjahr 2016 unter anderem, ihr Anleihekaufprogramm von € 60 Milliarden auf € 80 Milliarden pro Monat auszuweiten, den Banken langfristige Refinanzierungsgeschäfte anzubieten und die Leitzinsen zu senken. Bei der letzten Sitzung des Jahres adjustierte die Notenbank dann ihren Maßnahmenmix. Die Mindestlaufzeit der Anleihekäufe wurde bis Ende 2017 verlängert, das Volumen soll dabei ab April 2017 wieder € 60 Milliarden pro Monat betragen. Die Geldmarktsätze lagen während des gesamten Jahres zwischen dem Einlage- und dem Hauptrefinanzierungssatz der Notenbank und seit Mitte Jänner 2016 über alle Laufzeiten hinweg im negativen Bereich. Nachdem die Rendite zweijähriger deutscher Staatsanleihen bereits 2015 im negativen Bereich notiert hatte, setzte sich der Renditerückgang am kurzen Ende auch im Jahr 2016 fort. Auch die Rendite zehnjähriger deutscher Staatsanleihen verringerte sich in der ersten Jahreshälfte aufgrund sinkender Inflationserwartungen und der Aufstockung der EZB-Anleihekäufe. Ab Herbst verzeichneten zehnjährige deutsche Staatsanleihen hingegen steigende Renditen. In den USA erhöhte die Notenbank im Dezember die Leitzinsspanne nach einer einjährigen Pause um 25 Basispunkte auf 0,50 Prozent bis 0,75 Prozent.

Laut vorläufigen Daten legte das reale BIP in der Eurozone im Jahr 2016 um 1,7 Prozent zu. Damit setzte sich der Aufschwung in der Währungsunion trotz wiederholt aufgekommener Konjunktursorgen im abgelaufenen Jahr fort. Das Wirtschaftswachstum wurde vor allem vom privaten Konsum und – in geringerem Maß – vom staatlichen Konsum sowie von den Bruttoanlageinvestitionen getragen. Auf Länderebene stellte sich die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin sehr unterschiedlich dar. Denn während das BIP in Spanien mit 3,3 Prozent expandierte, betrug der Zuwachs in Italien lediglich 1,0 Prozent. Das durchschnittliche Preisniveau von Konsumgütern blieb dabei in der Eurozone über weite Strecken des Jahres nahezu unverändert. Der fehlende allgemeine Preisauftrieb bei Konsumgütern erklärte sich durch die fallenden Preise bei Energie bzw. Importgütern. Erst als gegen Ende des Jahres die Energiepreise im Vorjahresvergleich zulegten, löste sich die Inflationsrate merklich von der Null-Prozent-Marke.

Die österreichische Volkswirtschaft verzeichnete 2016 eine moderate Konjunkturbelebung, das reale BIP nahm um 1,5 Prozent zu. Tragende Säule der Konjunkturentwicklung war die Binnennachfrage. Einerseits profitierte der private Konsum von der Anfang 2016 in Kraft getretenen Steuerreform, andererseits legten die Ausrüstungsinvestitionen eine vergleichsweise dynamische Entwicklung an den Tag. Die Bauinvestitionen wurden erstmals seit mehreren Jahren wieder ausgeweitet. Demgegenüber unterstützten die Nettoexporte das reale BIP-Wachstum nicht.

Die US-Wirtschaft startete schwach ins Jahr 2016. Verantwortlich dafür waren in erster Linie ungewöhnlich niedrige Lagerinvestitionen sowie aufgrund der stark gesunkenen Rohstoffpreise rückläufige Investitionen in den Bereichen Bergbau sowie Öl- und Gasförderung. Im zweiten Halbjahr klangen diese belastenden Effekte dann ab, und die Wirtschaft wuchs wieder dynamisch. Erfreulich entwickelte sich insbesondere der private Konsum. Wegen des schwachen Jahresauftakts legte das reale BIP im Gesamtjahr 2016 dennoch nur um 1,6 Prozent zu.

Das chinesische Wirtschaftswachstum stabilisierte sich 2016 bei voraussichtlich 6,7 Prozent. Die wirtschaftlichen Stützungsinitiativen der Regierung dürften zwar gegriffen haben, in erster Linie profitierten davon aber die großen Staatsbetriebe über Infrastrukturinvestitionen. Wachstumsimpulse gingen daneben weiterhin vom Immobiliensektor aus.

Solides Wachstum in CE und SEE, abflachende Rezession in Russland

Die niedrigen, teils negativen Inflationsraten in Zentral- und Südosteuropa (CE und SEE) und die Niedrigzinspolitik der EZB erlaubten es, die Leitzinsen in der Region im vergangenen Jahr auf einem niedrigen Niveau zu halten. In einigen Ländern wurden sogar weitere geldpolitische Lockerungsmaßnahmen vollzogen bzw. fortgesetzt. In Polen und Rumänien stützten zudem fiskalische Wachstumsimpulse den privaten Konsum.

Die Region CE war 2016 durch eine etwas schwächere Wirtschaftsentwicklung mit einem BIP-Wachstum von 2,7 Prozent gekennzeichnet. Zwar profitierte CE weiter von der soliden Konjunktur in Deutschland, der Erholung in der Eurozone und der expansiven Geld- und Währungspolitik mancher CE-Länder. Allerdings lag das Wirtschaftswachstum in CE unter jenem des Vorjahres. Ein Faktor dafür war ein Nachlassen der Investitionstätigkeit aufgrund temporär niedrigerer EU-Transferzahlungen in die Region. Polen, die Wachstumslokomotive von CE, verlor deutlich an Fahrt und zeigte nur mehr ein Wachstum von 2,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt deuten die Wirtschaftsdaten jedoch auf ein ausbalanciertes Wachstum mit solider Exportentwicklung und Dynamik in der Binnenwirtschaft hin.

SEE wies 2016 mit 3,9 Prozent ein im Jahresvergleich starkes Wirtschaftswachstum auf. Besonders die Volkswirtschaften Serbiens und Kroatiens steigerten ihr Wachstumstempo gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich. Die kroatische Wirtschaft profitierte dabei von einer politischen Stabilisierung. In Rumänien wiederum wurde die Nachfrage der privaten Haushalte von Steuersenkungen stimuliert. Bulgarien holte mit einem BIP-Wachstum von 3,3 Prozent gegenüber

Rumänien etwas auf. Insgesamt ist das Wirtschaftswachstum in SEE so stark wie schon seit mehreren Jahren nicht mehr. Zum Teil ist das zwar vorübergehenden Faktoren geschuldet, unterstreicht jedoch andererseits, dass die Schwächephase der Vorjahre überwunden ist.

Die wirtschaftliche Lage in Osteuropa (EE) verbesserte sich 2016. Russland profitierte von einer Erholung des Ölpreises im Jahresverlauf, zudem wirkte die umsichtige Geld- und Fiskalpolitik Moskaus stabilisierend, lieferte jedoch keinen zusätzlichen Wachstumsimpuls. Im Ergebnis flachte die Rezession in Russland deutlich ab, und die Wirtschaftsleistung sank 2016 nur mehr um 0,2 Prozent im Jahresvergleich. Gegen Jahresende hellte sich die Lage im verarbeitenden Gewerbe Russlands etwas auf, die private Haushaltsnachfrage blieb jedoch weiterhin schwach. Die ukrainische Wirtschaft durchschritt bereits 2015 die Talsohle und kehrte 2016 zu einem Wachstum von 2,2 Prozent zurück. Die von Finanzunterstützung aus Russland sowie Exporten dorthin stark abhängige belarussische Wirtschaft verharrte weiterhin in der Rezession. Die Inflationsraten in EE gingen bei einer stabileren Währungsentwicklung und schwacher Inlandsnachfrage von hohen Niveaus ausgehend teils deutlich zurück.

Entwicklung des realen BIP – Veränderung zum Vorjahr in Prozent

Region/Land	2015	2016	2017e	2018f
Polen	3,9	2,8	3,3	3,0
Slowakei	3,8	3,3	3,3	4,0
Slowenien	2,3	2,5	2,7	2,5
Tschechische Republik	4,6	2,3	2,7	2,5
Ungarn	2,9	2,0	3,2	3,4
Zentraleuropa	3,8	2,6	3,1	3,0
Albanien	2,6	3,5	4,0	4,0
Bosnien und Herzegowina	3,0	2,5	3,0	3,5
Bulgarien	3,6	3,4	3,3	3,3
Kroatien	1,6	2,9	3,3	2,8
Kosovo	4,1	3,5	3,5	3,5
Rumänien	3,9	4,8	4,2	3,5
Serbien	0,7	2,8	3,0	3,0
Südosteuropa	3,1	3,9	3,7	3,3
Belarus	-3,8	-2,6	-0,5	1,5
Russland	-2,8	-0,2	1,0	1,5
Ukraine	-9,9	2,2	2,0	3,0
Osteuropa	-3,3	-0,1	1,0	1,6
Österreich	1,0	1,5	1,7	1,5
Deutschland	1,5	1,8	1,7	1,5
Eurozone	2,0	1,7	1,9	1,7

Konjunktur in Österreich mit Belebung

Die österreichische Volkswirtschaft konnte im Jahr 2016 das Expansionstempo steigern, was maßgeblich der zweiten Jahreshälfte geschuldet ist. Im Gesamtjahr 2016 wurde das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent ausgeweitet, verglichen mit 1,0 Prozent im Jahr 2015. Tragende Säule der Konjunkturentwicklung war die Binnennachfrage. Einerseits profitierte der private Konsum vom Anstieg der real verfügbaren Haushaltseinkommen infolge der Anfang 2016 in Kraft getretenen Steuerreform, andererseits entwickelten sich Bruttoanlageinvestitionen erfreulich, das in erster Linie auf die Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen ist. Vor dem Hintergrund der binnenwirtschaftlich getragenen Konjunkturbelebung entwickelten sich die Importe weiterhin dynamisch. Da die Exporte gleichzeitig nur moderat ausgeweitet werden konnten, steuerte der Außenhandel keinen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum im Jahr 2016 bei. Die Erholung dürfte sich 2017 fortsetzen. Die konjunkturelle Entwicklung sollte dabei weiterhin von der Inlandsnachfrage (privater Konsum, Investitionen) getragen sein, während auch 2017 von den Netto-Exporten kein BIP-Wachstumsbeitrag zu erwarten sein dürfte.

Finanz- und Ergebnislage

Ereignisse des Geschäftsjahres

Transformationsprogramm der RBI

Am 1. Dezember 2016 wurde der Verkauf der Raiffeisen Leasing Polska S.A., Warschau, um € 193 Millionen an die PKO Leasing S.A., Warschau, abgeschlossen. Das führte inklusive der umgegliederten realisierten Währungseffekte zu einem positiven Effekt auf das RBI-Konzernergebnis von rund € 18 Millionen im vierten Quartal. Die Transaktion führte weiters zu einer Verbesserung der CET1 Ratio (fully loaded) der RBI um 33 Basispunkte. Die RWA reduzierten sich um rund € 1.272 Millionen.

Am 7. Dezember 2016 wurden die Verhandlungen mit der Alior Bank S.A., Warschau, über den Verkauf des Kernbankgeschäfts der Raiffeisen Bank Polska S.A., Warschau, beendet. Die RBI wird nun die mit der Aufsicht vereinbarte Abgabe von 15 Prozent der Aktien der Raiffeisen Polbank über die Börse vorbereiten und arbeitet parallel dazu an der Optimierung des Geschäftsmodells.

Nach dem ergebnislos verlaufenen Verkaufsprozess für die Direktbank ZUNO BANK AG werden Teile des vorhandenen Geschäfts in der Tschechischen Republik und in der Slowakei in die dortigen Tochterbanken integriert. Der Abschluss dieser Integration wird für Mitte 2017 angepeilt.

Im Rahmen der geplanten Reduktion der RWA wurden in Asien mit einer Rückführung der RWA um rund 84 Prozent auf € 395 Millionen seit Ende 2014 deutliche Fortschritte erzielt. Auch in den USA kommt der Rückzug gut voran, die RWA sanken hier seit Ende 2014 um rund 66 Prozent auf € 347 Millionen. Das verbliebene Geschäft wird nun abgewickelt, die Filialen in Asien und die Geschäftsstelle in den USA werden auf ein Mindestmaß reduziert und betreiben kein aktives Geschäft mehr.

Verkauf eines wesentlichen Anteils an der UNIQA Insurance Group AG

Im Dezember 2016 wurde der bereits im Juli 2016 angekündigte Teilverkauf der Beteiligung der RZB an der UNIQA Insurance Group AG (UNIQA), Wien, in Höhe von 17,6 Prozent mittels Aktienübertragung an die UNIQA Versicherungsverein Privatstiftung erfolgreich abgeschlossen. Zugleich hat die RZB Anteile in Höhe von insgesamt 2,2 Prozent von der Raiffeisen-Holding Niederösterreich-Wien, der Raiffeisen-Landesbank Steiermark und der Raiffeisenlandesbank Kärnten übernommen. Nach Verkauf und Auskehrung von Minderheitsanteilen hält die RZB somit nun eine Beteiligung an der UNIQA von insgesamt 10,9 Prozent. Die Transaktionen sind Teil der derzeit laufenden Maßnahmen zur Vereinfachung der Konzernstruktur und der Anpassung der Gruppe an die erhöhten regulatorischen Kapitalanforderungen. Die Transaktion führte zu einem negativen Ergebnis nach Steuern und Minderheiten von € 99 Millionen.

Neuregelung der Bankenabgabe in Österreich

Im Juli 2016 einigte sich die österreichische Bundesregierung auf die Neuregelung der Bankenabgabe ab dem Jahr 2017. Sie beinhaltet eine Reduktion der jährlichen Bankenabgabe, gleichzeitig sollen Österreichs Banken eine Einmalabgabe leisten, die für den fusionierten RBI-Konzern rund € 163 Millionen betragen wird. Die Zahlung erfolgt über vier Jahre verteilt, beginnend im Jahr 2017. Nachdem die österreichische Bankenabgabe für die RZB im Jahr 2016 rund € 102 Millionen betrug (€ 3 Millionen weniger als 2015), wird sie für den fusionierten Konzern von 2017 bis 2020 inklusive anteiliger Einmalabgabe etwa € 58 Millionen pro Jahr betragen.

Unterstützung Posojilnica Bank

Das B-IPS Mitglied Posojilnica Bank eGen (vormals Zveza Bank) hat im Zuge der Restrukturierung im Jahr 2016 mit den lokalen Posojilnica Banken fusioniert und wurde diesbezüglich mit weiteren Kapitalhilfen seitens des B-IPS unterstützt. Durch diesen Zusammenschluss wurde das vormalige Zentralinstitut Zveza Bank zu einer Regionalbank und in Posojilnica Bank umbenannt. Damit wurde die Basis für wesentliche Schritte zur Kostenreduktion geschaffen, die diesbezüglichen Maßnahmen wurden bereits in 2016 eingeleitet bzw. umgesetzt. Sämtliche Maßnahmen der Posojilnica Bank im Zuge der Restrukturierung werden operativ durch die ÖRE als Treuhänder für das B-IPS begleitet und sowohl an das Sektorrisikokomitee als auch den Risikorat erfolgten detaillierte Berichte. Insbesondere das Kreditgeschäft aus der Vergangenheit in Slowenien und Kroatien verzeichnete hohe Ausfallsraten und auch aufgrund der Rückgänge in den Sicherheitenwerten waren weitere Wertberichtigungen erforderlich.

Die Unterstützungsleistungen im Jahr 2016 wurden analog 2015 für die B-IPS Mitglieder nach Beschluss durch den Risikorat treuhändig von die ÖRE durchgeführt und umfassten Geschäftsanteilszeichnungen in Höhe von € 10.499,7 Tausend sowie T2 Kapital in Höhe von € 15.000 Tausend. Zusätzlich wurden seitens der B-IPS Mitglieder eine Garantie für die Werthaltigkeit der Sicherheiten von notleidenden Krediten im Ausmaß von € 10.000 Tausend ausgestellt.

Überblick

Für das B-IPS wird für die Berichterstattung gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR für den 31.12.2016 eine aggregierte Bilanz und eine aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR erstellt. Für die UGB-Bilanzierer im B-IPS wurde teilweise eine erweiterte vereinfachte Überleitung der Daten auf IFRS vorgenommen. Für weitere UGB-Bilanzierer wurden die Auswirkungen einer IFRS-Überleitung analysiert, wobei lediglich unwesentliche Effekte auf die Werte der IFRS-Bilanz und GuV erhoben wurden. Das Geschäftsjahr 2016 endete für das B-IPS mit einem Jahresüberschuss nach Steuern von € 919 Millionen und somit deutlich über dem Vorjahreswert (31.12.2015: € 719 Millionen). Ausschlaggebend für die positive Entwicklung war in erster Linie die stark reduzierte Risikovorsorge für das Kreditgeschäft, die sich mit € 725 Millionen fast halbiert hat (31.12.2015: € 1.383 Millionen). Das Zinsergebnis belief sich im abgelaufenen Jahr auf € 4.266 Millionen, einem Rückgang von € 316 Millionen gegenüber dem 31.12.2015. Die Risikovorsorgen für das Kreditgeschäft konnten gegenüber dem Vorjahr deutlich verringert werden, sodass der Zinsüberschuss nach Risikovorsorgen mit € 3.541 Millionen um € 342 Millionen über dem Wert zum 31.12.2015 lag. Der Provisionsüberschuss lag bei € 1.890 Millionen und damit leicht unter dem Vorjahreswert von € 1.925 Millionen. Das Handelsergebnis war mit € 265 Millionen im abgelaufenen Geschäftsjahr deutlich besser als im Vorjahr mit € 36 Millionen, ebenso konnte das Ergebnis aus Finanzinvestitionen mit € 86 Millionen deutlich gesteigert werden (plus € 102 Millionen) und ist nun positiv. Dafür verschlechterte sich das Ergebnis aus der Fair Value Option um € 219 Millionen und wurde negativ (minus € 106 Millionen), ebenso wie das Ergebnis aus Derivaten und designierten Verbindlichkeiten (€-191 Millionen gegenüber €-50 Millionen zum 31.12.2015). Die Verwaltungsaufwendungen betrugen im B-IPS € 4.221 Millionen, ein Rückgang im Jahresvergleich von € 33 Millionen. Daraus ergab sich ein Jahresüberschuss vor Steuern von € 1.286 Millionen (31.12.2015: € 1.050 Millionen). Die Steuerbelastung im B-IPS von € 367 Millionen (31.12.2015: € 332 Millionen) reduzierte den Jahresüberschuss nach Steuern auf € 919 Millionen. Vermindert um die Anteile anderer Gesellschafter am Ergebnis um € 305 Millionen ergibt sich ein IPS Ergebnis von € 613 Millionen (31.12.2015: € 393 Millionen).

Die erweitert aggregierte Bilanzsumme lag per 31.12.2016 bei € 218.217 Millionen (31.12.2015: € 217.751 Millionen). Der Hauptposten auf der Aktivseite sind die Kundenforderungen von € 127.668 Millionen (plus € 1.275 Millionen) und auf der Passivseite die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von € 112.459 Millionen (plus € 5.415 Millionen). Das Eigenkapital beläuft sich inklusive des Kapitals der nicht beherrschenden Anteile auf € 13.710 Millionen (plus € 1.057 Millionen, der Anstieg kommt im Wesentlichen von den IFRS-Bilanzierern RZB und RLB OÖ).

Das B-IPS per se schüttet keine Dividenden aus. Dividenden innerhalb des B-IPS wurden im Zuge der Bilanzierung konsolidiert

Kapitalmanagement und Eigenmittel nach CRR/CRD IV bzw. BWG

Kapitalmanagement

Die Einhaltung der Kapitalvorgaben der einzelnen B-IPS Mitgliedern obliegt den Mitgliedern selbst. Das Hauptaugenmerk bei der Steuerung liegt auf den regulatorischen (Mindest-)Kapitalquoten sowie dem ökonomischen Kapital im Rahmen des ICAAP. Darüber hinaus spielt die optimale Zusammensetzung verschiedener Eigenmittelinstrumente (z.B. zusätzliches Kern- und Ergänzungskapital) eine wichtige Rolle und wird laufend analysiert und optimiert.

Daneben wird im Rahmen der regulatorischen Grenzen die Risikotragfähigkeit ermittelt. Sie entspricht dem maximalen Schaden, den die Bank oder die Bankengruppe innerhalb der nächsten 12 Monate treffen kann, ohne dass die regulatorischen Mindestkapitalquoten unterschritten werden.

Die Ermittlung der Zielquoten im Verhältnis zu den gesetzlichen Mindestanforderungen erfordert zusätzliche interne Kontrollrechnungen. Dazu wird der Value at Risk mit der oben definierten Risikotragfähigkeit in Bezug gesetzt. Weiters erfolgt ein Abgleich des ökonomischen Kapitals mit der Deckungsmasse. Nähere Angaben zu dieser Berechnung finden sich im Risikobericht.

Aktuelle regulatorische Entwicklungen

Dem B-IPS werden für das Jahr 2016 die Einhaltung einer harten Kernkapitalquote von 5,125%, Kernkapitalquote von 6,625% und einer Gesamtkapitalquote von 8,625% vorgeschrieben. Die Mitglieder haben auf Ebene des B-IPS sicherzustellen, dass etwaige auf Ebene der Miglieder im B-IPS verhängt makroökonomische Kapitalpuffer bei der Ermittlung der Eigenmittel im B-IPS nicht angerechnet werden. Des Weiteren ist sicherzustellen, dass die Mehrfachbelegung von

anerkennungsfähigen Eigenmittelbestandteilen und jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des IPS bei der Berechnung beseitigt wurden.

Die EZB hat 2014 die Aufsicht über bedeutende Banken in der Eurozone, deren Bilanzsumme über € 30 Milliarden oder 20 Prozent der Wirtschaftsleistung eines Landes ausmacht, übernommen. Von den Mitgliedern des B-IPS unterliegen seit 4. November 2014 die RZB, RLB NÖ-Wien und RLB OÖ der direkten Beaufsichtigung durch die EZB.

Die Ermittlung der anrechenbaren Eigenmittel erfolgt gemäß den anwendbaren Regularien auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards. Für die UGB-Melder wurde eine sogenannte "Transformationsrechnung" vorgenommen, die im Risikobericht beschrieben ist. Im Folgenden werden die konsolidierten Eigenmittel des B-IPS dargestellt.

Im B-IPS wurde zum 31.12.2016 ein hartes Kernkapital nach Abzugsposten von € 12.257 Millionen gehalten (31.12.2015: € 10.332 Millionen). Das zusätzliche Kernkapital nach Abzugsposten beläuft sich wie zum 31.12.2015 auf Null, sodass das Kernkapital ebenfalls bei € 12.257 Millionen liegt. Das Kernkapital und die Ergänzenden Eigenmittel nach Abzugsposten von € 3.525 Millionen (31.12.2015: € 3.648 Millionen) ergaben in Summe Eigenmittel von € 15.782 Millionen (31.12.2015: € 13.980 Millionen).

Das Eigenmittelerfordernis betrug € 9.468 Millionen und liegt somit unter dem Vorjahreswert von € 9.744 Millionen. Dabei entfielen € 8.200 Millionen auf das Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko inkl. CVA-Risiko (31.12.2015: € 8.530 Millionen). Weitere Eigenmittelerfordernisse ergeben sich aus dem Marktrisiko mit € 273 Millionen (31.12.2015: € 293 Millionen) und aus dem operationellen Risiko mit € 994 Millionen (31.12.2015: € 1.043 Millionen). In allen Kategorien konnte somit das Eigenmittelerfordernis gegenüber dem Vorjahr reduziert werden.

Die Common Equity Tier 1 Ratio (transitional) lag bei 10,36% (31.12. 2015: 8,48%), in gleicher Höhe liegt auch die Tier 1 Ratio (31.12.2015: 8,48%). Ebenso wie die Kernkapitalquoten konnte auch die Eigenmittelquote (transitional) mit 13,34% deutlich gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden (31.12.2015 11,48%). Es wurde im B-IPS keine fullyloaded Berechnung der Quoten vorgenommen. Die dem B-IPS vorgeschriebenen Quoten wurden zur Gänze übererfüllt.

Eigenmittelrechnung B-IPS

Die Eigenmittel zum 31.Dezember 2016 setzen sich wie folgt zusammen.

THE LEW MAN AND THE PROPERTY OF THE PROPERTY O	2016	2015
Als hartes Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente	2.174.162	2.148.790
Einbehaltene Gewinne	8.306.130	4.700.703
Kumuliertes sonstiges Ergebnis	-1.959.213	-2.190.645
Sonstige Rücklagen	682.970	2.568.732
Fonds für allgemeine Bankrisiken	20.572	20.571
Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten	748	60.373
Zum harten Kernkapital zählende Minderheitsbeteiligungen	3.913.079	4.769.184
Übergangsanpassungen aufgrund zusätzlicher Minderheitsbeteiligungen	76.700	-32.120
Aufgrund von Abzugs- und Korrekturposten vorzunehmende Anpassungen am harten Kernkapital	-228.243	-347.456
(-) Geschäfts- oder Firmenwert	-181.344	-302.193
(-) Sonstige immaterielle Vermögenswerte	-606.622	-632.846
(-) Von der künftigen Rentabilität abhängige nicht aus temporären Differenzen resultierende, latente Steueransprüche, abzüglich der verbundenen Steuerschulden	30.239	-78.649
(-) Nach dem IRB-Ansatz berechneter Fehlbetrag bei den Kreditrisikoanpassungen an erwartete Verluste	-56,268	-138.181
(-) Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche Kernkapital überschreiten	-129.782	597.637
(-) Verbriefungspositionen, denen alternativ ein Risikogewicht von 1 250 % zugeordnet werden kann	-20,692	-14.184
Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
(-) Abzugsfähige latente Steueransprüche, die von der künftigen Rentabilität abhängig sind und aus temporären Differenzen resultieren	0	0
	0	-301.688
(-) Instrumente des harten Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsannassungen am harten Kernkapital		100000000000000000000000000000000000000
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital	268.180	699.239
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige	268.180 -33.598	699.239 0
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital	268.180 -33.598 12.257.018	699.239 0 10.331.994
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige	268.180 -33.598 12.257.018	699.239 0 10.331.994 0
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals	268.180 -33.598 12.257.018 0	699.239 0 10.331.994 0 471.628
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen	268.180 -33.598 12.257.018	699.239 0 10.331.994 0
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals Zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente Übergangsanpassungen aufgrund von im zusätzlichen Kernkapital zusätzlich anerkannten, von	268.180 -33.598 12.257.018 0 185.475 53.926	699.239 0 10.331,994 0 471.628 81.470
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals Zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente Übergangsanpassungen aufgrund von im zusätzlichen Kernkapital zusätzlich anerkannten, von Tochterunternehmen begebenen Instrumente (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut	268.180 -33.598 12.257.018 0 185.475 53.926 -36.327	699.239 0 10.331.994 0 471.628 81.470 -439.681
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals Zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente Übergangsanpassungen aufgrund von im zusätzlichen Kernkapital zusätzlich anerkannten, von Tochterunternehmen begebenen Instrumente (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut	268.180 -33.598 12.257.018 0 185.475 53.926 -36.327	699.239 0 10.331.994 0 471.628 81.470 -439.681
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals Zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente Übergangsanpassungen aufgrund von im zusätzlichen Kernkapital zusätzlich anerkannten, von Tochterunternehmen begebenen Instrumente (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	268.180 -33.598 12.257.018 0 185.475 53.926 -36.327	699.239 0 10.331.994 0 471.628 81.470 -439.681 0
wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am harten Kernkapital Bestandteile oder Abzüge bezüglich des harten Kernkapitals - sonstige Hartes Kernkapital Als zusätzliches Kernkapital anrechenbare Kapitalinstrumente Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten des zusätzlichen Kernkapitals Zum zusätzlichen Kernkapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente Übergangsanpassungen aufgrund von im zusätzlichen Kernkapital zusätzlich anerkannten, von Tochterunternehmen begebenen Instrumente (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält (-) Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält Sonstige Übergangsanpassungen am zusätzlichen Kernkapital Von den Posten des zusätzlichen Kernkapitals in Abzug zu bringende Posten, die das zusätzliche	268.180 -33.598 12.257.018 0 185.475 53.926 -36.327 0 0 -332.856	699.239 0 10.331.994 0 471.628 81.470 -439.681 0 0 -711.053

in € Tausend	2016	2015
Als Ergänzungskapital anrechenbare Kapitalinstrumente und nachrangige Darlehen	3.205.983	3.207.832
Übergangsanpassungen aufgrund von bestandsgeschützten Kapitalinstrumenten	258.105	369.122
Zum Ergänzungskapital zählende, von Tochterunternehmen begebene Instrumente	-926.656	-143.624
Übergangsanpassungen aufgrund von im Ergänzungskapital zusätzlich anerkannten, von Tochterunternehmen begebenen Instrumente	794.857	128,769
Anrechenbare, die erwarteten Verluste überschreitende Rückstellungen nach IRB-Ansatz	171.250	177.235
Allgemeine Kreditrisikoanpassungen nach Standardansatz	33.241	30.617
(-) Instrumente des Ergänzungskapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut keine wesentliche Beteiligung hält	0	0
(-) Instrumente des Ergänzungskapitals von Unternehmen der Finanzbranche, an denen das Institut eine wesentliche Beteiligung hält	-125	-712
Sonstige Übergangsanpassungen am Ergänzungskapital	-11.254	-121.142
Ergänzende Eigenmittel	3.525.401	3.648.097
Gesamte Eigenmittel	15.782.419	13,980.091
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	9.468.199	9.743.571
Common Equity Tier 1 Ratio (transitional)	10,36%	8,48%
Tier 1 Ratio	10,36%	8,48%
Eigenmittelquote (transitional)	13,34%	11,48%

Das gesamte Eigenmittelerfordernis setzt sich wie folgt zusammen:

in € Tausend	2016	2015
Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt)	118.352.482	121.794.635
Eigenmittelerfordernis für das Kreditrisiko	8.089.049	8.407.288
Auf internen Ratings basierender Ansatz	2.823.338	2.337.997
Standardansatz	5.805.711	5.946.995
CVA Risiko	111.171	122.296
Eigenmittelerfordernis für das Positionsrisiko in Schuldtiteln, Substanzwerten, Waren und Fremdwährungen	273,484	293.481
Eigenmittelerfordernis für das operationelle Risiko	994.495	1.042.802
Gesamtes Eigenmittelerfordernis	9.468.199	9.743.571

Hinsichtlich der Tranformationsrechnung verweisen wir auf den Risikobericht Seite 39.

Die Bemessungsgrundlage für das Kreditrisiko stellt sich nach Asset-Klassen wie folgt dar:

in € Tausend	2016	2015
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach Standardansatz	72.571.382	74.337.433
Zentralstaaten und Zentralbanken	2.076.808	2.361.960
Regionale Gebietskörperschaften	115.743	85,694
Verwaltungseinrichtungen und Unternehmen ohne Erwerbscharakter	251.828	140.849
Multilaterale Entwicklungsbanken	0	4.415
Kreditinstitute	2.029.645	1.978.727
Firmenkunden	33.197.359	34.012.191
Retail-Kunden	9,784.803	9.980.456
Durch Immobilien besicherte Forderungen	9.791.283	9.717.960
Ausgefallene Positionen	2.619.801	3.006.346
Mit hohem Risiko verbundene Positionen	185.833	90,687
Beteiligungspositionen	6,355,392	7.148.428
Gedeckte Schuldverschreibungen	262,031	280,171
Investment fonds-Anteile	599.972	623.172
Verbriefungspositionen	724	1.178
Sonstige Posten	5.300.160	4.905.201
Risikogewichtete Bemessungsgrundlage nach auf internen Ratings basierendem Ansatz	28.541.730	29.224.961
Zentralstaaten und Zentralbanken	243.971	311.112
Kreditinstitute	1.980,312	2.052.094
Firmenkunden	21,552,624	22.307.136
Retail-Kunden	4.389.683	4.140.911
Beteiligungspositionen	146.018	154.913
Verbriefungspositionen	229.122	258.795
CVA Risiko	1.389.633	1.528.702
Gesamte Bemesssungsgrundlage für das Kreditrisiko	102.502.745	103,562,394

Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Eine ausgewogene und vollständige Finanzberichterstattung ist für das B-IPS und seine Organe ein wichtiges Ziel. Die Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften ist dabei eine selbstverständliche Grundvoraussetzung. Die ÖRE ist für die Einrichtung und Ausgestaltung eines den Anforderungen des B-IPS entsprechenden internen Kontroll- und Risikomanagement-Systems hinsichtlich des gesamten Rechnungslegungsprozesses beauftragt.

Ziel dieses internen Kontrollsystems ist es, das Management so zu unterstützen, dass es effektive und laufend verbesserte interne Kontrollen im Zusammenhang mit der Rechnungslegung gewährleistet. Das Kontrollsystem ist neben der Einhaltung von Richtlinien und Vorschriften auch auf die Schaffung optimaler Bedingungen für spezifische Kontrollmaßnahmen ausgerichtet.

Im B-IPS hat man sich für die erweiterte Zusammenfassungsrechnung gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR sowie für den Bericht mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung, dem Lagebericht und dem Risikobericht gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR entschieden. In Folge soll sowohl in Zusammenhang mit der erweiterten Zusammenfassungsrechnung als auch in Zusammenhang mit dem Bericht in Bezug auf die hierfür notwendige Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung von der erweitert aggregierten Bilanz und der erweitert aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung gesprochen werden. Es wird in Folge auch im Rahmen der erweiterten Aggregation vereinfachend von "Konsolidierung" gesprochen, wenngleich es Unterschiede zur Konsolidierung gemäß Richtlinie 86/635/EWG, die bestimmte Anpassungen der Richtlinie 83/349/EWG enthält, oder der Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, die die konsolidierten Abschlüsse von Kreditinstitutsgruppen regelt, gibt.

Im Rahmen der Berichterstattung gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR wird das B-IPS als Ganzes dargestellt, ohne die quantitativen Angaben wieder auf die Mitglieder des B-IPS herunter zu brechen. Somit erfolgen von diesem Grundsatz her etwa keine Darstellung der Beiträge der einzelnen Mitglieder des B-IPS zum Sondervermögen und keine Darstellung der SREP-Ratios der einzelnen Mitglieder des B-IPS.

Kontrollumfeld

In der ÖRE ist ein IKS im Einsatz. Es existiert eine detaillierte Beschreibung der IKS-Abläufe, anhand derer eine laufende Dokumentation risikorelevanter Prozesse und der dazugehörigen Kontrollmaßnahmen stattfindet. Die Verantwortlichkeiten und Rollen in Bezug auf das IKS sowie die Kontrolltätigkeiten sind klar definiert. Die IKS-relevanten Risiken werden regelmäßig evaluiert und angepasst. Für das IKS erfolgt ein regelmäßiges, mehrstufiges Reporting über Wirksamkeit und Reifegrad.

Erstellt wird die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung auf Basis eines Service Level Agreements in der RBI Hauptabteilung Accounting & Reporting, die im Vorstandsbereich des RBI-Finanzvorstands angesiedelt ist. Die Früherkennung wird ebenfalls auf Basis eines Service Level Agreements in der RZB Abteilung Risikocontrolling erstellt, die im Vorstandsbereich des RZB Riskovorstandes angesiedelt ist.

IPS - Konsolidierung

Im B-IPS betrifft die Konsolidierung die Verflechtungen zwischen den Raiffeisenlandesbanken und der Raiffeisen Zentralbank sowie zwischen den Raiffeisenlandesbanken untereinander. Diese erweiterte Aggregation erfolgt ohne historische Daten. So kann man etwa bei der Kapitalkonsolidierung auch in den folgenden Jahren stets von einer Art Erstkonsolidierung sprechen. Davon zu unterscheiden sind die Verflechtungen innerhalb der CRR-Konsolidierungskreise der B-IPS-Mitglieder. Diese werden bereits auf Basis der gemeldeten konsolidierten Lage konsolidiert; sie sind daher nicht mehr in den eingemeldeten Daten der entsprechenden B-IPS-Mitglieder vorhanden; dies gilt auch für Verflechtungen zwischen den Mitgliedern des CRR-Konsolidierungskreises der Raiffeisen Zentralbank, unabhängig davon, ob sie Mitglieder des B-IPS sind (wie etwa die Raiffeisen Bausparkasse GmbH und Raiffeisen Wohnbaubank AG).

Die aggregierte Bilanz und aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung sind im IFRS-Schema erstellt, wie es die RZB Kl-Gruppe anwendet. Basis sind die CRR KI-Gruppen (bzw. Einzelabschlüsse, wenn keine CRR KI-Gruppe vorliegt) der Mitglieder. Die Umstellung auf IFRS zur Erreichung konzerneinheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgt für die weiterhin nach UGB bilanzierenden Mitglieder des B-IPS noch nicht vollständig. Aus Wesentlichkeitsgründen wurde wiederum teilweise eine vereinfachte Überleitung vorgenommen. Weitere UGB-Bilanzierer haben analog zum Vorjahr ihren UGB-Ausweis auf einen IFRS-Ausweis in der Bilanz und GuV anhand einer Mappingtabelle übergeleitet und die Auswirkungen einer IFRS-Überleitung analysiert.

Kapitalkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Bei der Kapitalkonsolidierung wird das anteilige Eigenkapital des Tochterunternehmens, das auf den Anteil der Mutter an diesem Unternehmen entfällt, mit dem Beteiligungsbuchwert, mit dem die Beteiligung an der Tochtergesellschaft im Einzelabschluss der Muttergesellschaft steht, aufgerechnet.

Die additive Zusammenfassung der Einzelbilanzen zu einer gesamthaften Bilanz würde unweigerlich zu Doppelzählungen und damit zu einer Doppelrechnung von Eigenmittel führen. Nach dem Einheitsgrundsatz sind daher der Beteiligungsbuchwert bei den Raiffeisenlandesbanken und das anteilige Eigenkapital bei der Raiffeisen Zentralbank gegeneinander aufgerechnet; diese Kapitalkonsolidierung erfolgt ohne historische Daten (Erstkonsolidierung). Falls diese Buchwerte höher sind als das anteilige Eigenkapital bei der Raiffeisen Zentralbank (gezeichnetes Kapital und Kapitalrücklagen), wird der darüber hinausgehende Betrag mit den Gewinnrücklagen konsolidiert. Im Vorfeld der Kapitalkonsolidierung ist gegebenenfalls eine Konsolidierung von Zu- und Abschreibungen sowie Aufwertungen im Zusammenhang mit den Beteiligungen zu machen.

Schuldenkonsolidierung im Rahmen der erweiterten Aggregation

Die Schuldenkonsolidierung eliminiert die Bilanzierung innerkonzernlicher Schuldverhältnisse aus dem Summenabschluss. In diesem stehen sich Forderungen und Verbindlichkeiten, die Konzernunternehmen untereinander haben, gegenüber. Nach der Einheitsfiktion soll der Konzern als ein Unternehmen dargestellt werden. Die innerkonzernlichen Schuldverhältnisse werden durch die Schuldenkonsolidierung eliminiert, d.h. innerkonzernliche Forderungen und Verbindlichkeiten werden gegeneinander aufgerechnet.

Teil der Schuldenkonsolidierung können neben den als explizit ausgewiesenen Forderungen und Verbindlichkeiten unter anderen auch sonstige Vermögensgegenstände, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen, Eventualverbindlichkeiten, Haftungsverhältnisse oder sonstige finanzielle Verpflichtungen sein. Da kein Anhang erstellt wird und im IFRS keine Abbildung im Bilanzschema vorgesehen ist, erfolgt keine Schuldenkonsolidierung der Bilanzpositionen Unter-Strich (betrifft die Eventualverbindlichkeiten wie Haftungen, Garantien oder offene Kreditrahmen).

Die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung wird samt dem Lagebericht im Risikorat behandelt und zur Kenntnisnahme vorgelegt. Er wird im Rahmen des Geschäftsberichts, auf der RZB Internetseite veröffentlicht.

Information und Kommunikation

Grundlage für die erweiterte aggregierte Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sind standardisierte, und einheitliche Formulare. Die Bilanzierungs- und Bewertungsstandards sind dabei in der Dokumentation zur Erstellung der erweiterten Zusammenfassungsrechnung für das Bundes-IPS gemäß Art 49 Abs 3 lit a) iv) CRR sowie Dokumentation zur Erstellung des Berichts mit der aggregierten Bilanz, der aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung, dem Lagebericht und dem Risikobericht für das Bundes-IPS gemäß Art 113 Abs 7 lit e) CRR definiert und erläutert und für die Erstellung der Abschlussdaten verbindlich.

Im erscheinenden Geschäftsbericht werden die konsolidierten Ergebnisse in Form einer vollständigen erweiterten aggregierten Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung dargestellt. Die erweiterte aggregierte Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht und der Risikobericht werden vom externen Abschlussprüfer geprüft.

Unterjährig erfolgt die Berichterstattung an den Risikorat auf konsolidierter Basis quartalsweise.

Bescheid

Mit der Erteilung der Bewilligung nach Art 113 Abs 7 CRR durch die Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA) als zuständige Behörde an unten angeführten Antragsteller Nr. 1 – 13 dürfen, Risikopositionen gegenüber allen anderen Antragstellern als Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gebildet wurde, mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen, mit dem erstmaligen Stichtag 1.1.2014 von den Anforderungen nach Art 113 Abs 1 CRR auszunehmen und ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen, sowie über den Antrag der Antragstellerin Nr.1 auf Erteilung der Bewilligung nach Art 150 Abs 1 lit f CRR, auf Risikopositionen gegenüber den Antragstellern 2 bis 13, die die Anforderungen des Art 113 Abs 7 CRR erfüllen, den Standardansatz mit dem erstmaligen Stichtag 1.1.2014 dauerhaft anwenden. Die FMA erteilt nach Maßgabe des Art 113 Abs 7 CRR iVm Art 113 Abs 6 CRR den in der nachfolgenden Tabelle gelisteten Instituten

Mitgliede

- 1. Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, FN 58882t, Am Stadtpark 9, 1030 Wien
- 2. Raiffeisenlandesbank Burgenland und Revisionsverband eGen, FN 121834v, Raiffeisenstraße 1, 7000 Eisenstadt
- 3. Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, FN 247579m, Europaplatz 1 a, 4020 Linz
- 4. Raiffeisenlandesbank Niederösterreich Wien AG, FN 203160s, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien
- Raiffeisen-Holding Niederösterreich Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 959750h Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien
- 6. Raiffeisenverband Salzburg eGen, FN 38219f, Schwarzstraße I 3-15, 5020 Salzburg
- 7. Raiffeisen-Landesbank Tirol AG, FN 223624i, Adamgasse 1-7, 6020 Innsbruck
- Raiffeisenlandesbank Vorarlberg Waren- und Revisionsverband registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 63128k, Rheinstraße 11, 6901 Bregenz
- 9. Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, FN 264700s, Kaiserfeldgasse 5, 8010 Graz
- Raiffeisenlandesbank K\u00e4rnten Rechenzentrum und Revisionsverband, registrierte Genossenschaft mit beschr\u00e4nkter Haftung, FN 116094b, Raiffeisenplatz 1, 9020 Klagenfurt
- Posojilnica Bank eGen, FN 115073a, (chemals Zveza Bank registrirana zadruga z omelenim jamsivom, Bank und Revisionsverband, FN 115073a, registrierte Ge-nossenschaft mit beschränkter Haftung), Paulitschgasse 5-7, 9010 Klagenfurt
- 12. Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH, FN 116309v, Mooslackengasse 12, 1190 Wien
- 13. Raiffeisen Wohnbaubank AG, FN 117299z, Mooslackengasse 12, 1190 Wien

(jeweils als Antragsteller und Gegenparteien im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Bundesebene)

und zwar jedem der genannten Antragsteller für sich, gemäß Art 113 Abs 7 CRR die Bewilligung, Risikopositionen gegenüber allen anderen Gegenparteien, mit denen ein institutsbezogenes Sicherungssystem gemäß Vereinbarung über die Errichtung eines "Institutsbezogenen Sicherungssystems" sowie gemäß Treuhandvereinbarung, von den Anforderungen des Art 113 Abs 1 CRR (Zuweisung von Risikopositionen nach Maßgabe des Abschnittes 2 der CRR) auszunehmen und stattdessen diesen Risikopositionen ein Risikogewicht von 0% zuzuweisen; dies mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals, des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals begründen.

Bedingungen und Auflagen

Die FMA hat mit Erteilung der Bewilligung des Bescheids für das B-IPS einige Auflagen festgeschrieben. Diese umfassen mit Übergangsfristen den Nachweis entsprechender Kapitalquoten, die Dotierung eines ex ante Sondervermögens, die Sicherstellung eines einheitlichen Rechnungslegungsstandards für Zwecke der Eigenmittelrechnung, Vorgaben im Zusammenhang mit der Liquiditätsmessung sowie diverse Berichtspflichten. Hier ein Auszug der vorgeschriebenen Nebenbedingungen, die untrennbar mit der Bewilligung verbunden sind:

- 1. Die Mitglieder im Bundes-IPS haben Halbjahresberichte sowie jährlich zum Stichtag 31.12. auf Ebene des Bundes-IPS eine konsolidierte Bilanz oder eine erweiterte (aggregierte) Zusammenfassungsrechnung zu erstellen und zu veröffentlichen und der zuständigen Aufsichtsbehörde bis zum 30.6. des darauffolgenden Jahres vorzulegen; dabei ist sicherzustellen, dass der Konsolidierungskreis für die Kapital-, Schulden- und Eigenmittelkonsolidierung die gesamte Kreditinstitutsgruppe eines jeden Mitglieds im Bundes-IPS umfasst.
- 2. Ab der Erstellung der ersten Bilanz bzw. der ersten aggregierten Zusammenfassungsrechnung für das Bundes-IPS ist eine Vereinheitlichung der Rechnungslegungsstandards für die Zwecke der Bilanz bzw. aggregierten Zusammenfassungsrechnung für alle Mitglieder im Bundes-IPS allenfalls unter Ansatz einer Überleitungsrechnung umzusetzen. Die Adäquanz des einheitlichen Rechnungslegungsstandards unterliegt dem jährlichen Bestätigungsvorbehalt der zuständigen Aufsichtsbehörde.
- 3. Die Antragsteller haben die Gleichwertigkeit der erweiterten (aggregierten) Zusammenfassungsrechnung mit der RL 86/635/EWG bzw. der Verordnung EG 1606/2002 herzustellen; diese Gleichwertigkeit ist mittels Bestätigung des Wirtschaftsprüfers gleichzeitig mit der Vorlage des Jahresabschlusses der zuständigen Aufsichtsbehörde schriftlich nachzuweisen.
- 4. Die Antragsteller haben sicherzustellen, dass der Bankprüfer jährlich eine Bestätigung an die zuständige Aufsichtsbehörde übermittelt, wonach die Mehrfachbelegung von anerkennungsfähigen Eigenmittelbestandteilen und jede etwaige unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des institutsbezogenen Sicherungssystems bei der Berechnung beseitigt wurde.

Die Bestätigung hat sich auf das jeweils vorangegangene Kalenderjahr zu beziehen und ist bis zum 30.6. des darauffolgenden Jahres an die zuständige Aufsichtsbehörde zur Vorlage zu bringen.

Überwachung

Die Verantwortung für die fortlaufende Überwachung obliegt der ÖRE. Darüber hinaus sind die jeweiligen Abteilungsleiter über die Service Level Agreements für die Überwachung der entsprechenden Bereiche zuständig, so werden in regelmäßigen Abständen Kontrollen und Plausibilisierungen vorgenommen.

Weiters ist die Interne Revision in den Überwachungsprozess involviert. Die Revisionsfunktion wird vom Bereich Audit (Group Audit) der Raiffeisen Zentralbank wahrgenommen. Für sämtliche Revisionsaktivitäten gelten die konzernweit gültigen revisionsspezifischen Regelwerke (Audit Group Standards), die auf den Mindeststandards für die interne Revision der Österreichischen Finanzmarktaufsicht sowie internationalen "Best Practices" basieren. Zusätzlich gelten die internen Regelungen des Bereichs Audit (insbesondere auch die Audit Charter).

Die Konzernrevision überprüft unabhängig und regelmäßig die Einhaltung der internen Vorschriften in den Konzerneinheiten der RZB. Der Leiter des Bereichs Audit berichtet direkt an die Vorstände der Raiffeisen Zentralbank und der RBI AG. Die ÖRE berichtet an den Risikorat.

Funding

Banken refinanzieren sich grundsätzlich über ihre Eigenmittel und Kundeneinlagen sowie über diverse Instrumente des Kapital- und Interbankenmarkts. Die Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken auf dem internationalen Kapitalmarkt waren im Jahr 2016 ingesamt stabil, für österreichische Banken war der Kapitalmarktzugang aufgrund des Moratoriums für HETA-Anleihen im ersten Halbjahr immer noch schwierig, lockerte sich nach der HETA Einigung allerdings auf. Die Nutzung der lokalen Märkte konnte den Wegfall des internationalen Kapitalmarktzuganges kompensieren. Aufgrund des geringeren Fundingbedarfs und anderer Refinanzierungsmöglichkeiten war dies für den RZB Konzern vernachlässigbar.

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	112.459.441	58,8%	107.044.250	56,3%
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute	43.118.184	22,6%	46.156.946	24,3%
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.685.656	15%	30.202.441	15,9%
Nachrangige Verbindlichkeiten	6.941.773	3.6%	6.782.937	3,6%
Gesamt	191.205.057	100,0%	190.186.575	100,0%

Die Refinanzierung der B-IPS Mitglieder basiert auf zwei Säulen: zum einen auf Kundeneinlagen, die Ende per 31.12.2016 € 112 Milliarden oder 59 Prozent der Refinanzierung ausmachten, und zum anderen auf dem Wholesale Funding, das mit € 79 Milliarden die verbleibenden 41 Prozent beisteuerte. Im Fundinganteil der Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstitute sowie der verbrieften Verbindlichkeiten ist wiederrum der Sektorliquiditätszug der einlagenstarken primären Raiffeisenbanken zu den jeweiligen B-IPS Mitgliedern enthalten, in Summe ungefähr €16 Milliarden. Der hohe Anteil der Kundeneinlagen schafft eine stabile Refinanzierungsbasis und macht das B-IPS weniger anfällig für Turbulenzen auf den Finanzmärkten. Das Funding im B-IPS wird grundsätzlich dezentral von den einzelnen B-IPS Mitgliedern gesteuert.

.

Entwicklung des Bankensektors

Entwicklung des Bankensektors in CEE

Viele Indikatoren zeugten 2016 von einer handfesten Erholung des Bankensektors in CEE gegenüber der verhaltenen Entwicklungen des Vorjahres. Positive Trends bei der Neukreditvergabe oder beim Aktivawachstum in einigen Ländern in CE und SEE setzten sich 2016 fort (z. B. in der Tschechischen Republik, der Slowakei und Rumänien). Auch in Russland erholte sich der Bankensektor deutlich. Fast alle CEE-Bankenmärkte weisen nun eine komfortable Kredit-Einlagen-Relation (von meist deutlich unter 100 Prozent) auf, die eine solide Basis für zukünftiges Wachstum darstellt. Zudem konnten viele in den letzten Jahren herausfordernde Bankenmärkte 2016 auf Sektorebene wieder ansehnliche Gewinne ausweisen (z. B. Ungarn, Rumänien, Kroatien und Russland). Vor allem auf den herausfordernden osteuropäischen Bankenmärkten (Russland, Ukraine, Belarus) haben die führenden Auslandsbanken zudem die allgemeinen Markttrends deutlich übertroffen. Unterstützt wurde die positive Profitabilitätsentwicklung auch durch eine nachhaltige Stabilisierung oder höhere Ausbuchungen der Non-performing Loans (NPL) in CE und SEE (mit deutlichen Unterschieden auf Länderebene). Insgesamt ging die NPL Ratio in CE und SEE damit 2016 von zuvor 8,3 auf 7,4 Prozent zurück. Angesichts der positiven Entwicklungen in CE und SEE sowie der Stabilisierung der NPL und der Profitabilität in Russland stieg die Eigenkapitalrentabilität im CEE-Bankensektor 2016 wieder deutlich über den Vergleichswert in der Eurozone.

Bankensektor in Österreich

Verglichen mit der Eurozone entwickelte sich der Bankensektor in Österreich im Jahr 2016 in Bezug auf das Kreditwachstum (vor allem im Firmenkundengeschäft) weiterhin unterdurchschnittlich. Die Kreditvergabe konzentrierte sich insbesondere auf Privatkunden- und Immobilienfinanzierungen. Die Profitabilität des österreichischen Bankensektors auf konsolidierter Ebene konnte indes, vor allem unterstützt durch das CEE-Geschäft, spürbar zulegen. Dadurch verbesserte der österreichische Bankensektor auch seine Kapitalisierung in Relation zu wichtigen westeuropäischen Vergleichsländern deutlich. Allerdings sind die ausgewiesenen regulatorischen Kapitalquoten im internationalen Vergleich nach wie vor unterdurchschnittlich. Zieht man die Leverage Ratio als Vergleichsmaßstab heran, schneiden die österreichischen Banken deutlich besser ab. Die Kapitalanforderungen werden sich durch die Einführung des Systemrisikopuffers und des Andere Systemrelevante Institute-Puffers (O-SII), den das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfohlen hat, graduell erhöhen. In den folgenden Jahren sollte sich auch die 2016 vollzogene Entlastung bei der Bankensteuer positiv auswirken.

Im ersten Halbjahr 2016 erzielten die österreichischen Kreditinstitute ein positives konsolidiertes Periodenergebnis in Höhe von rund € 2,9 Milliarden und damit um € 0,3 Milliarden mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Für das positive Ergebnis sorgten vor allem die stark gesunkenen Risikovorsorgen, die nicht nur die deutlichen Rückgänge beim Nettozinsergebnis als wichtigste Ertragskomponente, sondern auch die geringeren Erträge aus den Provisionen und dem Handelsergebnis mehr als ausgleichen konnten. Die Profitabilität der österreichischen Tochterbanken in CEE verbesserte sich im ersten Quartal 2016 deutlich. Österreichische Tochterbanken verzeichneten in allen CEE-Ländern positive Gewinnbeiträge. Die höchsten Gewinne konnten in der Tschechischen Republik, Rumänien und Russland erwirtschaftet werden, wobei die Gewinne in Russland im Vergleich zum Vorjahresquartal rückläufig waren. Das im Jahr 2012 lancierte Nachhaltigkeitspaket trägt zur Stärkung der lokalen Refinanzierungsbasis der österreichischen Tochterbanken in CEE bei. Die Kredit-Einlagen-Relation sank von 117 Prozent im Jahr 2008 auf 88 Prozent im ersten Quartal 2016, was hauptsächlich auf einen Anstieg der lokalen Spareinlagen zurückzuführen ist. Das Kreditwachstum wird also verstärkt auf lokaler Basis refinanziert.

Mit 1. Jänner 2016 wurde der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism, SRM) vollumfänglich umgesetzt. Das Single Resolution Board (SRB) – bzw. Europäische Abwicklungsbehörde – ist zentral für alle abwicklungsrelevanten Entscheidungen für ausfallgefährdete oder ausfallende Großbanken verantwortlich. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt gemeinsam mit den betroffenen nationalen Abwicklungsbehörden.

Regulatorisches Umfeld

Veränderungen im regulatorischen Umfeld

Die RZB beschäftigte sich auch im Berichtsjahr intensiv mit laufenden oder bevorstehenden regulatorischen Entwicklungen.

Gesetzesvorschlag zur Europäischen Einlagensicherung (EDIS)

Die Europäische Kommission schlug 2015 ein Europäisches Einlagensicherungssystem (European Deposit Insurance Scheme – EDIS) vor, das die Bankenunion unterstützen, den Einlegerschutz stärken, die Finanzstabilität erhöhen und die Verbindung zwischen Banken und Staaten weiter lösen soll. Das EDIS ist Teil des SRB, umfasst alle nationalen Einlagensicherungssysteme (auch das IPS) und soll bis 2024 schrittweise in drei Stufen entstehen. Zu Beginn soll es eine Rückversicherung der nationalen Einlagensicherungssysteme beinhalten, aus der dann nach drei Jahren eine Mitversicherung werden soll, bei der der Beitrag des EDIS mit der Zeit immer stärker anwachsen soll. In der letzten Stufe ist für 2024 ein vollumfängliches EDIS geplant. Bei den laufenden Verhandlungen stehen derzeit sowohl ein Wegfall der Vollversicherungsphase ab 2024 als auch eine Verknüpfung der einzelnen Phasen an bestimmte, risikoreduzierende Bedingungen im Raum. Mit der endgültigen Annahme und Veröffentlichung des Gesetzes wird frühestens im vierten Quartal 2017 gerechnet.

Bankensanierung und Bankenabwicklung

2015 trat das Bankenabwicklungs- und Sanierungsgesetz (BaSAG), die nationale Umsetzung der Richtlinie der Europäischen Union zur Bankensanierung und -abwicklung (BRRD) aus dem Jahr 2014, in Kraft. Entsprechend der Anforderungen aus dem BaSAG verfügen die Mitglieder des B-IPS über Sanierungspläne. Im Sanierungsplan werden potenzielle Maßnahmen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit in finanziellen Stresssituationen beschrieben. Begleitet durch das Monitoring wesentlicher KPIs (Key Performance Indicators) zur Früherkennung etabliert der Sanierungsplan eine umfängliche Governance-Struktur für Stresssituationen.

Die Abwicklungspläne werden durch die Abwicklungsbehörde samt Befugnissen zur Beseitigung von Abwicklungshindernissen erstellt. In den Abwicklungsplänen werden auch die Abwicklungsstrategien für die Banken festgelegt. Im Rahmen der Abwicklung von Banken werden den Abwicklungsbehörden bestimmte Abwicklungsinstrumente zur Verfügung gestellt. So hat der Konzern, schon vor Einführung des BIRG (Banken Interventions- und Restrukturierungsgesetz) und des BaSAG, konzerninterne Beziehungen limitiert, um Klumpenrisiken und unbeschränkte Restrisiken für sich selbst als auch seineEigentümer zu reduzieren.

Neben der Erstellung von Abwicklungsplänen wird auch die Verpflichtung zur Einhaltung einer MREL-Quote (Minimum Requirement for Eligible Liabilities) festgelegt, die für jede Bank/Abwicklungseinheit individuell vorgeschrieben wird. Aktuell arbeiten die Mitglieder des B-IPS eng mit dem SRB und den nationalen Abwicklungsbehörden zusammen um einen Abwicklungsplan gemäß den gesetzlichen Rahmenbedingungen zu erstellen. Ein Instrument des möglichen Abwicklungskonzepts stellt die Beteiligung von Gläubigern dar (Bail-in tool). Auf Basis der Abwicklungsstrategie geschieht das für jedes Institut bzw. Abwicklungseinheit oder die gesamte Bankengruppe. Die Kalibrierung der MREL-Zielquote ist von den Aufsichtsbehörden auf Basis der gesetzlichen Regelungen, den Abwicklungsplänen sowie den einzelnen Aspekten des jeweiligen Instituts (z. B. Größe, Geschäftsmodell und Risikoprofil) vorzunehmen. Als MREL-fähig werden im Wesentlichen die regulatorischen Eigenmittel eines Instituts und darüber hinaus das langfristige und unbesicherte Fremdkapital, das nicht der Einlagensicherung oder ähnlichen Beschränkungen unterliegt, angesehen.

Novellierung der europäischen Regelungen

Die Europäische Kommission veröffentlichte im November 2016 einen Legislativvorschlag zur Änderung der prudentiellen Anforderungen (CRD IV/CRR) sowie des Sanierungs- und Abwicklungsrahmenwerks (BRRD, SRM). Die Dokumente bilden die Ausgangsbasis für die sich anschließenden Verhandlungen mit dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat und erlauben einen ersten Ausblick auf die regulatorischen Herausforderungen für die Jahre nach 2017.

Inhaltlich lassen sich die vorgeschenen Änderungen der CRR einerseits nach Themen unterscheiden, die als Finalisierung von Basel III klassifiziert werden können. Das umfasst etwa die Einführung einer verbindlichen Mindestquote für die Leverage Ratio und die Net Stable Funding Ratio (NSFR) sowie die Ergänzung der Regelungen für die Sanierung und Abwicklung von Instituten, um die Vorgaben zur Total Loss Absorbing Capacity (TLAC) für global systemrelevante Banken zu erfüllen. Andererseits enthalten die Entwürfe Anpassungen, die inhaltlich bereits Basel IV zuzurechnen sind, beispielsweise die Einführung eines Standardverfahrens für Kontrahentenrisiken, die Neufassung der Regelungen für Marktpreisrisiken im Rahmen des Fundamental Review of the Trading Book (FRTB) oder auch Regelungen für Investmentfonds. Im Vergleich zur bisherigen Umsetzung von Regelungen aus Basel ist zu erkennen, dass der Proportionalität

deutlich mehr Bedeutung beigemessen wird, um insbesondere den zahlreichen kleineren Banken in der EU entgegenzukommen. Die neuen Regeln sollen nach derzeitigem Stand ab 2019 zur Anwendung kommen.

Aktionsplan zur Kapitalmarktunion

Ziel der EU-Kommission ist die Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln auf den Kapitalmärkten für alle Unternehmen, insbesondere aber für Klein- und Mittelbetriebe (KMU). Grenzüberschreitende Hürden für Investitionen am Kapitalmarkt sollen beseitigt werden. Der Aktionsplan vom 30. September 2015 sieht bis 2017 ein Maßnahmenbündel vor, darunter etwa konkrete Gesetzesvorschläge im Zusammenhang mit Verbriefungen und Konsultationen zu Pfandschuldverschreibungen. 2016 wurden die Arbeitspakete des Aktionsplans abgearbeitet bzw. vorangetrieben. Die grundsätzliche Zielrichtung, grenzüberschreitende Investitionen zu forcieren, kann sicherlich begrüßt werden. Sie kann aber keine realistische Alternative zur Kreditfinanzierung für KMU durch Banken sein, sondern wohl nur als ergänzende Maßnahmen zur Bankfinanzierung gesehen werden.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Außerordentliche Hauptversammlung stimmt Verschmelzung mit RBI zu

Am 23. Jänner bzw. am 24. Jänner 2017 fanden außerordentliche Hauptversammlungen der RZB AG bzw. der RBI AG zur Beschlussfassung über die Verschmelzung statt. Für die Beschlussfassung über die Verschmelzung war zumindest eine Dreiviertelmehrheit des anwesenden Kapitals erforderlich, die in beiden Fällen bei Weitem erreicht wurde. Die mit der Verschmelzung verbundene Kapitalerhöhung wurde von den Aktionären ebenfalls genehmigt. Das Grundkapital der RBI wurde daher durch die Ausgabe von 35.960.583 neuen, auf Inhaber lautenden nennwertlosen Stückaktien (Stammaktien) an die bisherigen Aktionäre der RZB von € 893.586.065,90 um € 109.679.778,15 auf € 1.003.265.844,05 erhöht. Die Kernaktionäre der RZB, die Raiffeisen-Landesbanken, halten demnach 58,8 Prozent am fusionierten Institut. Diese sind im Rahmen eines Syndikatsvertrags verbunden, der unter anderem Lock-up-Verpflichtungen beinhaltet. Die Eintragung der Verschmelzung im Firmenbuch erfolgte am 18. März 2017.

Das fusionierte Unternehmen wird unverändert als Raiffeisen Bank International AG firmieren, und die Aktie der RBI wird weiter an der Wiener Börse gelistet sein. Die Anzahl der begebenen Aktien wird sich auf 328.939.621 erhöhen.

Ausblick

Geschäftsausblick bei den größten KI Gruppen der IPS Mitgliedern

Geschäftsausblick nach der Verschmelzung mit RBI

Durch den am 23. bzw. 24. Jänner 2017 im Rahmen der außerordentlichen Hauptversammlungen der RZB AG und RBI AG beschlossenen Zusammenschluss beider Institute, tritt die RBI AG die Gesamtrechtsfolge der RZB AG an und übernimmt damit unter anderem die Rolle als Zentralinstitut der RBG.

Aufgrund der Verschmelzung mit der RBI, die am 18. März 2017 im Firmenbuch eingetragen wurde, gilt der nachfolgende Ausblick für das fusionierte Institut.

Mit einer CET1 Ratio (fully loaded) von 13,6 Prozent (12,4 Prozent pro forma für das fusionierte Institut) hat die RBI bereits am 31. Dezember 2016 – und somit ein Jahr vor Ablauf der selbst gesetzten Frist – ihr Kapitalziel von mindestens 12 Prozent erreicht. Mittelfristig strebt die RBI eine CET1 Ratio (fully loaded) von rund 13 Prozent an.

Nach einer stabilen Entwicklung geht die RBI für die nächsten Jahre von einem durchschnittlichen Kreditwachstum im niedrigen einstelligen Prozentbereich aus.

Die RBI erwartet, dass die Nettodotierungen zu Kreditrisikovorsorgen 2017 unter dem Niveau von 2016 (€ 754 Millionen) bleiben.

Ende 2017 strebt die RBI eine NPL Ratio von rund 8 Prozent an, mittelfristig soll sie weiter sinken.

Mittelfristig strebt die RBI unverändert eine Cost/Income Ratio von 50 bis 55 Prozent an.

Die RBI peilt mittelfristig unverändert einen Return on Equity vor Steuern von rund 14 Prozent und einen Konzern-Return-on-Equity von rund 11 Prozent an.

RLB NÖ Gruppe

Das anhaltend niedrige Zinsniveau, die herausfordernden wirtschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen und der spürbare Umbruch im Bereich der Finanzdienstleister werden auch im kommenden Geschäftsjahr die Geschäftsstrategie und Geschäftsentwicklung im Bankwesen prägen. Vor diesem Hintergrund liegt der strategische Fokus in den nächsten Jahren auf:

- · dem Ausbau des qualitätsvollen Kommerzkundengeschäfts im Rahmen der gegebenen Kapitalgrenzen
- · der Weiterentwicklung des Privatkundengeschäfts in Richtung Einfachheit und Standardisierung
- · der weiteren Intensivierung der Rolle als Synergiepartner für die niederösterreichischen Raiffeisenbanken

Zur Erreichung dieser Ziele werden das digitale Angebot für die Kunden deutlich ausgebaut, interne Prozesse optimiert und Investitionen in die Weiterentwicklung der IT vorgenommen. Für den Fall, dass die RBI auch im Jahr 2017 keine Dividende ausschüttet, wird das operative Ergebnis der RLB NÖ-Wien auch 2017 unter Druck stehen. Permanentes und intensives Kostenmanagement sowie eine konservative Risikopolitik werden daher auch im Jahr 2017 eine Hauptaufgabe darstellen.

Generell führten in letzter Zeit Änderungen sowie die Erlassung neuer Gesetze, EU-Richtlinien und Verordnungen zur Verschärfung der rechtlichen Anforderungen. Auch in Zukunft ist mit weiteren Verschärfungen zu rechnen. Damit gehen erhöhte Anforderungen und eine strengere Rechtsprechung der Verwaltungs- und Aufsichtsbehörden sowie der Gerichte einher. Es ist daher nicht auszuschließen, dass die RLB NÖ-Wien auch in Zukunft in Gerichts- und Verwaltungsverfahren involviert sein wird und dass solche etwaige zukünftige Verfahren bzw. deren allfälliger negativer Ausgang nachteilige Auswirkungen für die RLB NÖ-Wien haben können. Zum Stichtag sind alle derartigen erkennbaren Risiken bilanziell berücksichtigt.

RLB OÖ Gruppe

Die Digitalisierung bringt in allen Lebensbereichen umfassende Veränderungen. Banken sind schon jetzt mit veränderten Wünschen, Anforderungen und Verhalten ihrer Kunden konfrontiert. Ziel der Raiffeisenlandesbank OÖ ist es, diesen Veränderungen aktiv zu begegnen und als Innovationstreiber starke Zukunftsimpulse zu setzen. Als Vorreiter bei der

Entwicklung und dem Vertrieb von digitalen Bankdienstleistungen hat die Raiffeisenlandesbank OÖ bereits in der Vergangenheit die Basis dafür gelegt.

Um mit den globalen Veränderungen Schritt zu halten, braucht es ein visionäres und zukunftsfähiges Konzept, das weit in gewohnte Abläufe und Strukturen eingreift.

Daher überarbeitet die Raiffeisenlandesbank OÖ auch Teile ihres Geschäftsmodells. So werden im Rahmen der Weiterentwicklung des Projekts "Raiffeisenbankengruppe Oberösterreich 2020" Lösungen erarbeitet, wie ein neuartiges und erfolgreiches Bankstellenkonzept der Zukunst aussehen kann.

Parallel wird intensiv am Projekt "Digitale Regionalbank" gearbeitet. Dahinter steckt ein "aggregiertes Geschäftsmodell", bei dem der stationäre und der digitale Kanal nicht mehr getrennt nebeneinander existieren, sondern vielmehr intensiv ineinander greifen und vernetzt werden. Die physische Nähe der Bankstelle ist weiterhin wichtig und bleibt bedarfsorientiert erhalten. Verändern werden sich aber die Betreuungs- und Serviceansätze, für die verstärkt orts- und zeitunabhängige digitale Kanäle gewählt werden. Für die Kunden bringt dieses Konzept den Vorteil, dass sie mit differenzierten Leistungsangeboten und Betreuungskonzepten aktiv begleitet werden. Die Raiffeisenlandesbank OÖ profitiert von Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen aufgrund von Standardisierungen und der Vereinfachung von Prozessen.

Darüber hinaus setzt die Raiffeisenlandesbank OÖ mit einer effizienten und zielgerichteten Liquiditätsplanung und - steuerung, dem umfassenden Risikomanagement in Kombination mit einem konsequenten Controlling sowie der engen Zusammenarbeit mit den oberösterreichischen Raiffeisenbanken alles daran, um auch künftig das Vertrauen der Kunden zu rechtfertigen und Unternehmen, Institutionen sowie Privatkunden bei ihren Projekten umfassend begleiten zu können. Vor allem mit dem Projekt "Raiffeisenbankengruppe Oberösterreich 2020" wird weiterhin eine Vielzahl von Zukunftsmaßnahmen gesetzt, um die Stabilität und ein dauerhaft qualitatives Wachstum abzusichern.

Risikobericht

Risiken von Finanzinstrumenten

Um eine vollständige und zeitnahe Kenntnis der wirtschaftlichen Situation, insbesondere der Risikosituation der einzelnen Mitglieder des B-IPS, aber auch des B-IPS in seiner Gesamtheit zu haben, ist das Früherkennungssystem ein wesentlicher Eckpfeiler des B-IPS. Die ÖRE betreibt ein Früherkennungssystem im Rahmen der Einlagensicherung der Raiffeisen-Bankengruppe. Die Mitglieder des B-IPS kommen mit der ÖRE überein, dass dieses Früherkennungssystem als Bestandteil des Früherkennungssystems des B-IPS verwendet wird.

Grundsätze der Früherkennung

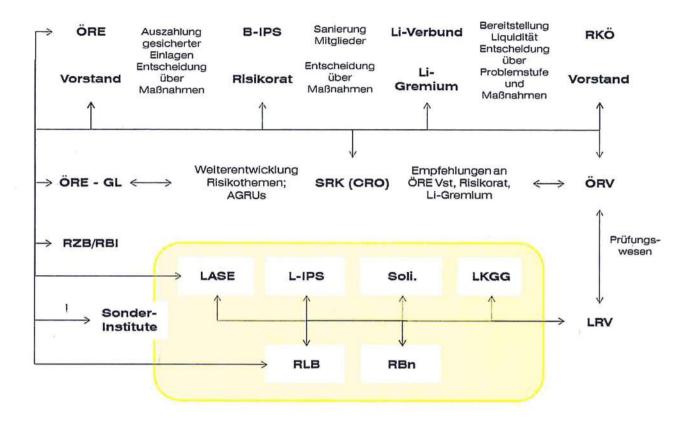
Unter dem Begriff "Früherkennung" wird die Notwendigkeit, bei den Mitgliedern des B-IPS, aber auch beim B-IPS in seiner Gesamtheit den Fall ökonomischer Fehlentwicklungen möglichst frühzeitig zu erkennen, verstanden. Unter dem Begriff "ökonomische Fehlentwicklung" sind Ereignisse, Sachverhalte, Umstände, Faktoren sowie wirtschaftliche Kräfte zu verstehen, die bei Fortdauer oder Fortwirkung kurz- bis mitteifristig die wirtschaftliche Gesundheit sowie die Risikotragfähigkeit eines Mitgliedes und/oder des B-IPS in seiner Gesamtheit in ökonomisch nennenswerter Weise gefährden oder gefährden können. Ein wesentlicher Indikator für eine ökonomische Fehlentwicklung ist insbesondere, wenn ein festgelegter Grenzwert und/oder eine Kennziffer in ökonomisch nennenswerter Weise verletzt sind. Gegenstand der Früherkennung ist es, ökonomische Fehlentwicklungen im oben definierten Sinn möglichst rasch, zeitnah und schon im Keim zu erkennen und darüber zu berichten und entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Die genannte Verpflichtung trifft die ÖRE hinsichtlich aller Mitglieder des B-IPS und des B-IPS in seiner Gesamtheit sowie jedes Mitglied hinsichtlich seiner eigenen wirtschaftlichen Situation.

Die ÖRE verfügt über ein System von Risikoprinzipien sowie Risikomessungs- und Überwachungsverfahren mit dem Ziel, die wesentlichen Risiken aller B-IPS Mitglieder zu kontrollieren und zu analysieren. Die Risikopolitik und die Grundsätze des Risikomanagements werden in den einzelnen Instituten der B-IPS Mitglieder festgelegt.

Organisation des Risikomanagements

Die ÖRE hat sich durch Mitunterfertigung des B-IPS Vertrages dazu verpflichtet, das von ihr eingerichtete Früherkennungssystem als Früherkennungssystem für das B-IPS zu betreiben. Teil des Früherkennungssystems B-IPS ist die Festsetzung von ÖRE Standards, die Grenzwerte und Kennziffern zur Früherkennung definieren, sowie deren Aktualisierung. Der Risikorat ist jederzeit berechtigt, diese ÖRE Standards, Kennziffern und Grenzwerte für den Anwendungsbereich des B-IPS zu modifizieren.



Die ÖRE gewährleistet, dass das Früherkennungssystem des B-IPS den gesetzlichen Anforderungen des IPS Rechtsrahmens voll entspricht. Sollten sich die gesetzlichen, regulatorischen und/oder vertraglichen Anforderungen an das Früherkennungssystem des B-IPS ändern, wird die ÖRE diese im Einvernehmen mit dem Risikorat umsetzen.

Im Rahmen des von ihr betriebenen Früherkennungssystems für B-IPS erstellt die ÖRE eine quartalsweise aktualisierte umfassende ökonomische Bewertung der Mitglieder des B-IPS sowie des B-IPS in seiner Gesamtheit und stellt diese dem Risikorat zur Verfügung. Diese Quartalsberichte werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Risikorat auch dem Generalrevisor des ÖRV seitens der ÖRE zur Verfügung gestellt.

Liegt eine ökonomische Fehlentwicklung, insbesondere eine Verletzung der im Rahmen der jeweiligen ÖRE Standards festgelegten Grenzwerte und Kennziffern in ökonomisch nennenswerter Weise vor, wird die ÖRE umgehend den Risikorat hievon informieren.

Die Mitglieder des B-IPS werden mit der ÖRE im Betrieb des Früherkennungssystems B-IPS zusammenarbeiten und in Erfüllung des Vertrages und/oder gesetzlicher und/oder regulatorischer, von Zeit zu Zeit in Kraft stehender Verpflichtungen, der ÖRE alle hiefür notwendigen Daten zur Verfügung stellen und das auf Soloebene, konsolidiert als KI-Gruppe sowie im Bedarfsfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis.

Die ÖRE ist auch die Drehscheibe dieses Informationsaustausches. Sie ist berechtigt und verpflichtet, dem Risikorat Auskunft über die von ihr gesammelten Daten der Mitglieder des B-IPS und deren KI-Gruppen sowie im Anlassfall auf Ebene der Mitglieder der KI-Gruppe auf Solobasis zu geben.

Nachstehend ist die betreffend der Risikothemen implementierte Gremialstruktur in der Raiffeisen Bankengruppe überblicksmäßig dargestellt:

Zusätzlich existieren in den verschiedenen Mitgliederinstituten lokale Risikomanagement-Einheiten. Diese implementieren die Risikopolitik in den jeweiligen Risikokategorien und steuern das Geschäft, um die aus der Geschäftspolitik resultierenden Ziele zu erfüllen. Zu diesem Zweck überwachen sie die entstehenden Risiken mithilfe standardisierter Messmethoden und melden diese auch über definierte Reporting-Schnittstellen an die ÖRE.

Die im Bankwesengesetz geforderte Funktion des zentralen und unabhängigen Risikocontrollings wird durch die ÖRE ausgeübt. Dessen Aufgaben umfassen die Erstellung des IPS-weiten und risikokategorieübergreifenden Regelwerks zur

Kapital- und Risikoüberwachung und die unabhängige und neutrale Berichterstattung über das Risikoprofil an den Risikorat.

Risikorat

Im Rahmen des B-IPS wird als Entscheidungsgremium der Risikorat eingerichtet. Er entscheidet in allen Angelegenheiten. Seine Entscheidungen werden unter Berücksichtigung der Risikoaspekte und auf Basis der Vorbereitung im Sektorrisikokomitee getroffen. Die Mitglieder werden ihre jeweiligen Generaldirektoren oder Vorstandssprecher in den Risikorat entsenden (im Folgenden "Ratsmitglieder" genannt). Die Mitglieder sind verpflichtet, für die Teilnahme an Sitzungen zu sorgen. Im Verhinderungsfall hat sich ein Ratsmitglied durch ein anderes Mitglied seiner Geschäftsleitung vertreten zu lassen. Für B-IPS Mitglieder aus derselben KI-Gruppe werden gemeinsam nur ein Ratsmitglied in den Risikorat entsendet. Das übergeordnete Kreditinstitut hat dem Risikorat mitzuteilen, welches B-IPS Mitglied das Ratsmitglied entsendet, das die KI-Gruppe im Risikorat repräsentiert. Die Interessen der Posojilnica Bank werden durch RZB wahrgenommen.

Tourliche Agenda des Risikorates:

- Kapital- und Risikolage sowie wesentliche qualitative Punkte je Mitglied (v.a. Entwicklung Kapitalplan)
- Kapital- und Risikolage des B-IPS
- Entwicklung Stufen Beitragsleistung
- Ausblick künftiger Entwicklungen

Basis für sämtliche in diesem Kapitel dargestellten Prozesse und Regelungen ist die zwischen den Mitgliedsinstituten abgeschlossen Vereinbarung über die Errichtung eines "Institutsbezogenen Sicherungssystems" oder Institutional Protection Scheme" (IPS-Vertrag).

Sektorrisikokomitee

Dem Sektorrisikokomitee (SRK) obliegt die Auswertung bzw. Kommentierung der Risikoberichte pro Bundesland. Grundlage dafür sind insbesondere die Berichte Melderichtlinie der ÖRE, erstellte Auswertungen seitens der ÖRE als auch die Berichte der SRK-Mitglieder über die jeweilige Situation der Landesbank/RZB. Berichte seitens des Österreichischen Raiffeisenverbandes (ÖRV) werden dabei ebenso berücksichtigt. Gegebenenfalls werden Empfehlungen und Maßnahmen ausgearbeitet und dem Risikorat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Hinsichtlich risikorelevanter Themen ist das Sektorrisikokomitee für die inhaltliche Weiterentwicklung zuständig. Es hat die Priorisierung der Themen vorzunehmen und gegebenenfalls Sub-Arbeitsgruppen zu bilden.

Die im Rahmen des Früherkennungssystems erhaltenen Informationen sind ausschließlich für die Zwecke des Früherkennungssystems zu verwenden und streng vertraulich zu behandeln. Jedes Mitglied des Sektorrisikokomitees hat sich zur Geheimhaltung zu verpflichten.

Qualitätssicherung und Revision

Qualitätssicherung in Bezug auf Risikomanagement bedeutet die Sicherstellung der Integrität, Zuverlässigkeit und Fehlerfreiheit von Prozessen, Modellen, Berechnungsvorgängen und Datenquellen. Dies soll die Einhaltung aller rechtlichen Vorgaben seitens des B-IPS und die Erfüllung höchster Qualitätsanforderungen in Bezug auf die Früherkennungs-Aktivitäten gewährleisten.

Die Koordination dieser Aspekte erfolgt durch ÖRE, die das interne Kontrollsystem laufend analysiert und – falls daraus Anpassungsbedarf resultiert – auch für die Überwachung der Umsetzung verantwortlich ist.

Die ÖRE verantwortet alle Themenstellungen rund um die Einhaltung gesetzlicher Anforderungen in Ergänzung zum und als Bestandteil des internen Kontrollsystems. Damit wird die Einhaltung der bestehenden Regelungen in den Abläufen überwacht.

Darüber hinaus wird im Rahmen der Jahresabschlussprüfung durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften bzw. externe Revisioren bei den Mitgliedsinstituten eine gänzlich unabhängige und objektive Prüfung frei von potenziellen Interessenkonflikten durchgeführt. Schließlich unterliegt das B-IPS auch der laufenden Überwachung durch die österreichische Finanzmarktaufsicht.

Gemeinsame Risikobeobachtung

Die gemeinsame Risikobeobachtung der RBG erfolgt im Rahmen des Sektorrisikokomitees. Zu den quartalsweise stattfindenden Sitzungen wird für die gesamte RBG ein Risikobericht auf individueller und konsolidierter Basis erstellt, der
sowohl einen Value at Risk als auch einen ökonomischen Kapitalansatz umfasst. Der Risikobericht beinhaltet neben dem
Gesamtrisiko und dessen Abgleich mit der Risikotragfähigkeit Detailberichte zu allen wesentlichen Risiken, insbesondere zum Kredit- und Länderrisiko, Beteiligungsrisiko, Marktrisiko und dem operationellen Risiko. Ebenso ist das Liquiditätsrisiko unter verschiedenen Szenarien Gegenstand der Betrachtung. Neben einem regelmäßigen Monitoring der
Risikoverläufe und diesbezüglicher Grenzwerte ergänzen ein Bilanzkennziffern- und Benchmark-basiertes Frühwarnsystem, Stresstests sowie eine aktive Marktbeobachtung und ein Großexposure-Monitoring die gemeinsame Risikoüberwachung der RBG. Das Sektorrisikokomitee fungiert unter anderem als "Beirat" des Vorstandes der Österreichischen
Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE) in Risikoangelegenheiten.

Risikosteuerung

Die Sicherstellung einer angemessenen Kapitalausstattung ist eines der wesentlichen Ziele des B-IPS. Die erforderliche Kapitalausstattung wird dazu regelmäßig auf Basis des Value-at-Risk Konzepts ermittelten Risikos beurteilt, wobei auf die Wesentlichkeit der Risiken Rücksicht genommen wird. Dieses Konzept zur IPS-Risikosteuerung berücksichtigt die Kapitalerfordernisse sowohl aus regulatorischer Sicht (Normallfall- und Problemfall-Perspektive) als auch unter einem ökonomischen Gesichtspunkt (Extremfall-Perspektive). Es entspricht damit dem quantitativen Verfahren zur Beurteilung der Angemessenheit der internen Kapitalausstattung (Internal Capital Adequacy Assessment Process, ICAAP), wie gesetzlich gefordert. Der gesamte ICAAP-Prozess des B-IPS wird jährlich im Rahmen der aufsichtsrechtlichen Evaluierung der einzelnen B-IPS Mitglieder geprüft.

Ziel	Risiko	Messmethode	Konfidenzniveau
Extremfall-Perspektive	Risiko, die Forderungen vorrangiger Gläubiger nicht bedienen zu können	Der unerwartete und erwartete Verlust für den Risikohorizont von einem Jahr darf die Summe aus Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, anrechenbaren Eigenmittel, stillen Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen nicht überschreiten.	99,9 Prozent abgeleitet von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebeten Ratings
Problemfall-Perspektive	Risiko, das Kapitalerfordernis entsprechend den CRR- Regelungen zu unterschreiten	Die Risikotragfähigkeit (erwartetes Betriebsergebnis, Dotierung/Auflösung von Einzelwertberichtigungen, nicht für aufsichtsrechtliche Zwecke gebundenes Kapital, stille Reserven und gebildeten Vorsorgen für die lebenden Ratingklassen) muss den Value at Risk (Risikoliorizont: 1 Jahr) des B-IPS übersteigen.	95 Prozent – unterstellt die Bereitschaft der Eigentümer, zusätzliche Eigenmittel zur Verfügung zu stellen
Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)	Risiko, eine nachhaltige Kernkapitalquote über den Konjunkturzyklus hinweg zu unterschreiten	Kapital- und Ertragsprognose für die dreijährige Planungsperiode bei Annahme eines signifikanten makroökonomischen Abschwungs.	basierend auf der Managemententscheidung, potenziell temporäre Risikoreduktionen oder stabilisierende Eigenkapital- maßnahmen vorzunehmen

Extremfall-Perspektive

In der Extremfall-Perspektive werden Risiken durch das ökonomische Kapital gemessen, das eine vergleichbare Risikokennzahl für alle Risikoarten darstellt. Es wird als die Summe von erwarteten und unerwarteten Verlusten abzüglich für ausgefallene Forderungen gebildeten Vorsorgen aus den Geschäften aller B-IPS Mitglieder in den unterschiedlichen Risikokategorien (Kredit-, Länder-, Beteiligungs-, Markt-, Liquiditäts-, makroökonomisches- und operationelles Risiko) berechnet. Zusätzlich fließt ein allgemeiner Puffer für andere Risikoarten ein, die nicht explizit quantifiziert werden.

Ziel der Berechnung des ökonomischen Kapitals ist die Ermittlung des Kapitals, das für die Bedienung aller Ansprüche von Kunden und Kreditoren auch bei einem derart seltenen Verlustereignis erforderlich wäre. Das B-IPS wendet bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals ein Konfidenzniveau von 99,9 Prozent an, welches sich aus von der Ausfallswahrscheinlichkeit des angestrebeten Ratings ableitet.

Dem ökonomischen Kapital steht die Deckungsmasse gegenüber, die hauptsächlich das Eigen- und Nachrangkapital des B-IPS umfasst und im Verlustfall als primäre Risikodeckungsmasse für die Bedienung von Verpflichtungen gegenüber

vorrangigen Gläubigern dient. Die gesamte Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Risikokapitals (das Verhältnis von ökonomischem Kapital zu Deckungsmasse) beträgt zum Jahresultimo rund 75,75 Prozent.

Anteile der einzelnen Risikoarten am ökonomischen Kapital:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Kreditrisiko Unternehmen	8.172.126	59,9%	9.213.901	66,7%
Kreditrisiko Kreditinstitute	809.255	5,9%	823.768	6,0%
Kreditrisiko Staaten	700.025	5,1%	786.942	5,7%
Kreditrisiko Retail	1.659.912	12,2%	1.851.742	13,4%
Kreditrisiko LRG	174.512	1,3%	149.547	1,1%
Kreditrisiko CIU's	26.308	0,2%	18,990	0,1%
Vorsorge ausgefalle Forderungen	-4.066,754	-29,8%	-5.700.672	-41,3%
CVA Risiko	149.015	1,1%	123.684	0,9%
Länderrisiko	503.452	3,7%	609.268	4,4%
Beteiligungsrisiko	1.751.822	12,8%	1.824.430	13,2%
Marktrisiko	1.709,627	12,5%	1.535.625	11,1%
Operationelles Risiko	601.628	4,4%	1.084.021	7,8%
Liquiditätsrisiko	17.698	0,1%	68.951	0,5%
Makroökonomisches Risiko	784.590	5,8%	762.781	5,5%
Risikopuffer	649.661	4,8%	657.649	4,8%
Gesamt	13.642.877	100,0%	13.810.627	100,0%

Going-Concern-Perspektive

Parallel zur Extremfall-Perspektive erfolgt die Beurteilung der angemessenen Kapitalausstattung mit Fokus auf den Fortbestand des B-IPS auf Basis des Going-Concern-Prinzips. Hier wird das Risiko wiederum einer entsprechenden Risikotragfähigkeit – mit Blick auf das regulatorische Eigenkapital- und Eigenmittelerfordernis – gegenübergestellt.

Dem Absicherungsziel folgend, werden erwartetes Betriebsergebnis, Risikovorsorgen, überschüssige Eigenmittel (unter Berücksichtigung der diversen Anrechnungsgrenzen) und stille Reserven zur Risikotragfähigkeit gezählt. Dem wird ein Value at Risk (erwarteter und unerwarteter Verluste) gegenübergestellt, dessen Berechnung auf vergleichbaren Verfahren (mit geringerem Konfidenzniveau von 95 Prozent) wie den in der Zielrating-Perspektive angewendeten beruht. Mit diesem Ansatz sichert das B-IPS die ausreichende Kapitalisierung aus regulatorischer Sicht (Going-Concern) mit dem gewünschten Wahrscheinlichkeitsniveau ab.

Nachhaltigkeits-Perspektive (Stresstest)

Die Stress-Perspektive soll sicherstellen, dass das B-IPS am Ende der mehrjährigen Planungsperiode auch in einem sich unerwartet verschlechternden makroökonomischen Umfeld über ausreichend hohe Kapitalquoten verfügt. Die Analyse basiert hier auf einem mehrjährig angelegten makroökonomischen Stresstest, in dem hypothetische Marktentwicklungen bei einem signifikanten, aber realistischen wirtschaftlichen Abschwung simuliert werden. Als Risikoparameter kommen dabei u.a. Zinskurven, Wechselkurse und Credit Spreads, aber auch Änderungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten im Kreditportfolio zum Einsatz.

Das Hauptaugenmerk dieses integrierten risikoartenübergreifenden Stresstests gilt den resultierenden Kapitalquoten am Ende der mehrjährigen Betrachtung. Diese soll einen nachhaltigen Wert nicht unterschreiten und somit keine substanziellen Maßnahmen zur Wiederherstellung notwendig machen. Die aktuell erforderliche Kapitalausstattung resultiert damit aus dem wirtschaftlichen Rückschlagpotenzial.

Diese Perspektive ergänzt somit die sonst übliche Risikomessung auf Basis des Value-at-Risk-Konzepts (das im Wesentlichen auf historischen Daten beruht). Dadurch können auch außergewöhnliche und in der Vergangenheit nicht beobachtbare Marktsituationen abgedeckt und potenzielle Auswirkungen dieser Entwicklungen abgeschätzt werden. Der Stresstest ermöglicht auch die Analyse von Risikokonzentrationen (z.B. in Einzelpositionen) und erlaubt einen Einblick in die Profitabilität, Liquidität und Solvabilität bei außergewöhnlichen Umständen.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko des B-IPS betrifft vornehmlich Ausfallrisiken, die sich aus Geschäften mit Privat- und Firmenkunden, anderen Banken und öffentlichen Kreditnehmern ergeben. Es ist die mit Abstand wichtigste Risikokategorie des B-IPS, was auch aus dem internen und regulatorischen Kapitalerfordernis ersichtlich ist. Kreditrisiken im B-IPS werden durch die B-IPS Mitglieder überwacht und analysiert. Grundlage für die Kreditrisikosteuerung und für Kreditentscheidungen

sind die Kreditrisikopolitik, die Kreditrisikohandbücher und die zu diesem Zweck entwickelten Kreditrisikomanagementmethoden und -prozesse.

Der Kreditentscheidungsprozess und das Kreditportfoliomanagement sind in der Kompetenz der B-IPS Mitglieder.

Die detaillierte Analyse des Kreditportfolios erfolgt anhand der Unterteilung in Ratingstufen. Das Kundenrating erfolgt dabei für die unterschiedlichen Forderungsklassen getrennt. Für die Bonitätsbeurteilung werden dafür jeweils interne bei den B-IPS Mitgliedern Risikoklassifizierungsverfahren (Ratingmodelle) eingesetzt. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten für unterschiedliche Ratingstufen werden nach Geschäftssegmenten getrennt ermittelt. Wahrscheinlichkeiten der gleichen ordinalen Ratingeinstufung (z.B. Gute Kreditwürdigkeit 1,5 für Unternehmen, A3 für Kreditinstitute und A3 für den öffentlichen Sektor) sind daher zwischen den Segmenten nicht direkt vergleichbar.

Die Ratingmodelle für Kreditinstitute und öffentlicher Sektor - sind IPS-weit einheitliche Mess- und Ratingverfahren und sehen jeweils 12 Bonitätsstufen vor. Diese basieren auf den Modellen der RBI/RZB.

Die Ausfallwahrscheinlichkeiten (PDs) in den Forderungsklassen Retail selbstständig, Retail unselbstständig sowie Corporates werden von der ÖRE für die RBG einheitlich je Ratingklasse erstellt und mittels entsprechenden Modellen validiert.

Die folgende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo. Dieses umfasst sowohl das bilanzielle als auch das gewichtete außerbilanzielles Kreditexposure dar. Nicht enthalten sind Effekte der Kreditrisikominimierung wie z.B. persönliche und dingliche Sicherheiten, die in der Gesamtbeurteilung des Kreditrisikos ebenfalls berücksichtigt werden.

Kreditportfolio - Unternehmen

Die nachstehende Tabelle zeigt das gesamte Kreditobligo nach den neun Performing Ratingklassen 0,5 - 4,5 bzw. der drei Ausfallsklassen für Unternehmen:

in € Tau	send	2016	Anteil	2015	Anteil
0,5	Minimales Risiko	18.631.332	19,9%	17.852.899	18,4%
1,0	Exzellente Kreditwürdigkeit	4.659.090	5,0%	5.446.557	5,6%
1,5	Sehr gute Kreditwürdigkeit	13.397.038	14,3%	13.753.619	14,2%
2,0	Gute Kreditwürdigkeit	21.966,756	23,5%	20.657.725	21,3%
2,5	Intakte Kreditwürdigkeit	12.877.326	13,8%	11.738.029	12,1%
3,0	Akzeptable Kreditwürdigkeit	6.138.097	6,6%	7.260.983	7,5%
3,5	Knappe Kreditwürdigkeit	4.739.700	5,1%	5,182,902	5,3%
4,0	Schwache bzw. minderwertige Kreditwürdigkeit	2.274.895	2,4%	3.111.611	3,2%
4,5	Sehr schwache bzw. zweifelhafte Kreditwürdigkeit	1.302.594	1,4%	1.861.725	1,9%
5,0	90 Tage überfällig	4.831.225	5,2%	6.690.412	6,9%
5,1	Andere Ausfallsgründe	1.391.928	1,5%	2.071,242	2,1%
5,2	Insolvenz, Abschreibung	454.155	0,5%	621.980	0,6%
NR	Nicht geratet	868.963	0,9%	849.976	0,9%
Gesamt		93.533.098	100,0%	97.099.658	100,0%

Kreditportfolio - Retail-Kunden

Die Forderungsklasse Retail-Kunden unterteilt sich in selbständige und unselbständige. Die folgende Tabelle zeigt die Retail-Forderungen des B-IPS:

in € Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Retail-Kunden - selbständig	7.993.216	17,6%	8.432.082	19,0%
Retail-Kunden - unselbständig	37.299.919	82,4%	36.012.447	81,0%
Gesamt	45,293,135	00,0%	44,444,530	100,0%
davon notleidende Kredite	2,887,996	6,4%	3.189.952	7,2%
davon Einzelwertberichtigungen	2.012.924	4,4%	2.152.906	4,8%
davon Portfolio-Wertberichtigungen	266.323	0,6%	218.439	0,5%

Zum Jahresende 2016 verzeichnete das Retail-Kreditportfolio ein Volumen von insgesamt €45.293.135 Tausend im Vergleich zu Jahresende 2015 mit € 44.444.530 Tausend.

Seite 32 Risikobericht

Kreditportfolio - Kreditinstitute

Die Forderungsklasse Kreditinstitute enthält in der Mehrzahl Banken und Wertpapierunternehmen. Das interne Ratingmodell der RBI/RZB für diese Finanzinstitute basiert auf einem Peer-Group-orientierten Ansatz, in dem sowohl qualitative als auch quantitative Informationen berücksichtigt werden. Das finale Rating für diese Kundengruppe ist durch das Länderrating des jeweiligen Heimatlandes begrenzt.

Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo an Kreditinstitute nach dem internen Rating dar. Die Ausfallwahrscheinlichkeiten in dieser Assetklasse werden aufgrund der geringen Anzahl an Kunden (und an beobachtbaren Ausfällen) in einzelnen Ratingstufen durch eine Kombination interner und externer Daten ermittelt.

in € `	Tausend	2016	Anteil	2015	Anteil
A1	Ausgezeichnete Bonität	1.696.559	5,4%	475.005	1,5%
A2	Sehr gute Bonität	6.955.283	22,0%	3.109.253	9,6%
A3	Gute Bonităt	13,090.768	41,4%	4.082.618	12,6%
Bl	Solide Bonitāt	4,903.778	15,5%	18.129.325	55,8%
B2	Zufriedenstellende Bonität	2.475.816	7,8%	2.257.052	7,0%
B3	Adăquate Bonitât	808.975	2,6%	1.772.517	5,5%
B4	Fragliche Bonität	443.365	1,4%	1.194.123	3,7%
B5	Höchst fragliche Bonität	779.882	2,5%	400.314	1,2%
С	Ausfallgefährdet	214.700	0,7%	594.783	1,8%
D	Ausfall	139.902	0,4%	446.065	1,4%
NR	Nicht geratet	73.830	0,2%	14.236	0,0%
Gesa	mt	31.582.858	100,0%	32,475,290	100,0%

Kreditportfolio - Öffentlicher Sektor

Eine weitere Kundengruppe stellen souveräne Staaten, Zentralbanken und regionale Gebietskörperschaften bzw. andere staatenähnliche Organisationen dar. Die nachfolgende Tabelle stellt das Kreditobligo gegenüber dem öffentlichen Sektor (inklusive Zentralbanken) nach dem internen Rating dar. Da Ausfälle in dieser Assetklasse historisch nur selten beobachtbar waren, werden die Ausfallwahrscheinlichkeiten unter Zuhilfenahme des kompletten Datenuniversums externer Ratingagenturen ermittelt.

in € 7	l'ausend	2016	Anteil	2015	Anteil
Al	Ausgezeichnete Bonität	13.129.535	23,2%	24.063.037	41,1%
A2	Sehr gute Bonität	17.668.449	31,3%	8.549.761	14,6%
A3	Gute Bonităt	7,583,637	13,4%	6.279.013	10,7%
BI	Solide Bonität	4.994.125	8,8%	5.217.882	8,9%
B2	Zufriedenstellende Bonität	4.755.718	8,4%	5.609.415	9,6%
B3	Adăquate Bonităt	5.137.370	9,1%	3.048.686	5,2%
B4	Fragliche Bonität	1.642.723	2,9%	4.254.389	7,3%
B5	Höchst fragliche Bonität	814.976	1,4%	742.121	1,3%
С	Ausfallgefährdet	754.930	1,3%	670.587	1,1%
D	Ausfall	40.233	0,1%	53.842	0,1%
NR	Nicht geratet	2.989	0,0%	39.266	0,1%
Gesa	mt .	56.524.685	100,0%	58.527.999	100,0%

Das Kreditobligo aus dem öffentlichen Sektor belief sich zum Jahresende 2016 auf € 56.524.685 Tausend (Jahresende 2015: €58.527.999 Tausend), dies enstprach einem Anteil von 24,8 Prozent (2015: 25,1 Prozent) am gesamten Kreditobligo.

Kreditrisikominderung

Die Unterlegung von Krediten mit Kreditsicherheiten ist eine wesentliche Strategie und eine aktiv verfolgte Maßnahme zur Reduktion des potenziellen Kreditrisikos. Der Sicherheitenwert und die Effekte anderer risikomindernder Maßnahmen werden während der Kreditentscheidung beurteilt. Als risikomindernd wird dabei jeweils der Wert angesetzt, den das B-IPS Institutsmitglied bei Verwertung innerhalb einer angemessenen Zeitspanne erwartet. Die anerkannten Sicherheiten sind in den Sicherheitenkatalog und den dazugehörigen Bewertungsrichtlinien der B-IPS Mitgliedsinstituten festgelegt.

Die Forderungen an Kreditinstitute und Kunden abzüglich der gebildeten Kreditrisikovorsorgen (Netto-Obligo), das zusätzliche außerbilanzielle Obligo (Eventualverbindlichkeiten, Kreditrisiken und widerrufliche Kreditzusagen) und die internen Sicherheiten stellen sich wie folgt dar:

2016	Maximales I		
in € Tausend	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	interne Sicherheiten
Kreditinstitute	30.255.781	30.255.781 1.216.117	
Öffentlicher Sektor	51.423.270	5,086,067	1.415.055
Unternehmen	76.551.593	12.405,782	28.861,037
Retail-Kunden - selbständig	6.502.153	966,908	5.169.707
Retail-Kunden - unselbständig	32.754.015	2,790.812	21.449.854
Gesamt	197.486.811	22,465,687	68.127.894

2015	Maximales I			
in € Tausend	Netto-Obligo	Gewichteter Rahmen	interne Sicherheiten	
Kreditinstitute	29.993.665 2.211.979		8.596.78	
Öffentlicher Sektor	53.197.549	5,306,816	1.053,244	
Unternehmen	77.924.540	13.239.203	31.011.098	
Retail-Kunden - selbständig	6.849.290	1.003.802	4.973.573	
Retail-Kunden – unselbständig	31.165.167	3.054.926	23.318.979	
Gesamt	199.130.210	24.816.726	68.953.680	

Problemkreditmanagement

Das Kreditportfolio und die Kreditnehmer unterliegen einer laufenden Überwachung. Wesentliche Ziele dieses Monitorings sind es, die widmungsgemäße Verwendung der Kredite sicherzustellen und die wirtschaftliche Situation der Kreditnehmer zu verfolgen. Bei den Non-Retail-Segmenten Firmenkunden, Kreditinstitute und öffentlicher Sektor wird zumindest einmal jährlich eine derartige Kreditüberprüfung durchgeführt. Sie umfasst sowohl die erneute Bonitätseinstufung als auch die Neubewertung von finanziellen und dinglichen Sicherheiten.

Das Problemkreditmanagement wird grundsätzlich dezentral von den einzelnen B-IPS Mitgliedern gesteuert.

Ausgefallene notleidende Kredite (NPL) und Kreditrisikovorsorgen

Ein Ausfall und somit ein notleidender Kredit (Non-performing Loan, NPL) ist nach Artikel 178 CRR gegeben, wenn davon auszugehen ist, dass ein Kunde seinen Kreditverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist. Im B-IPS werden dabei für die Bestimmung eines Forderungsausfalls bei Non-Retail-Kunden zwölf verschiedene Indikatoren verwendet. So gilt es z.B. als Forderungsausfall, wenn ein Kunde in ein Insolvenz- oder ähnliches Verfahren involviert ist, eine Wertberichtigung oder Direktabschreibung einer Kundenforderung vorgenommen werden musste, eine Kundenforderung als nicht vollständig einbringlich gewertet hat oder die Sanierung eines Kunden erwägt wird.

Risikovorsorgen werden im Einklang mit definierten Richtlinien in den Mitgliederinstituten des B-IPS gebildet und decken alle erkennbaren Kreditrisiken ab.

Die nachstehende Tabelle stellt den Anteil der notleidenden Kredite unter den Ausleihungen der dargestellten Assetklassen aus den Bilanzposten Forderungen an Kunden und Forderungen an Kreditinstitute (ohne außerbilanzielle Geschäfte) dar:

	NPL		NPL Ra	tio	NPL Coverage Ratio		
in € Tausend	2016	2015	2016	2015	2016	2015	
Firmenkunden	6.543.099	9.151.177	5,2%	7,2%	62,1%	58,4%	
Retail-Kunden	2.872.702	3.177.886	2,3%	2,5%	68,7%	67,5%	
Öffentlicher Sektor	40.231	53.842	0,0%	0,0%	20,3%	20,4%	
Summe Nichtbanken	9.456.033	12.382.905	7,5%	9,8%	63,9%	60,6%	
Kreditinstitute	139.824	431.826	0,7%	2,2%	79,1%	62,7%	
Gesamt	9,595,857	12.814.731	8,2%	12,0%	64,1%	60,6%	

Länderrisiko

Das Länderrisiko umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko sowie das politische Risiko. Es resultiert aus grenzüberschreitenden Transaktionen oder aus Direktinvestitionen in Drittstaaten. Das B-IPS ist diesem Risiko durch seine Geschäftstätigkeit in den Konvergenzmärkten Zentral- und Osteuropas ausgesetzt, in denen die politischen und wirtschaftlichen Risiken weiterhin zum Teil als vergleichsweise signifikant angesehen werden.

Die aktive Länderrisikosteuerung erfolgt bei den Mitgliedern im B-IPS. Unabhängig von der Limitierung wird das Länderrisiko im Rahmen der Problem- und Extremfall Perspektive durch einen zusätzlichen Risikoaufschlag für "Crossborder"-Risiken berücksichtigt, da im Rahmen der Ratineinstufungen politische Risiken sowie Transfer- und Konvertierungsrisiken durch etwaiges Ceilings (Deckelung der Endnote im Rahmen der Bonitätsbeurteilung der Einzelkunden durch das Rating des Sovereigns) im Ratingansatz in der Regel nicht zur Gänze berücksichtigt wird.

1

Marktrisiko

Das B-IPS definiert Marktrisiko als die potenziell mögliche negative Veränderung des Marktpreises der Handels- und Investmentpositionen. Das Marktrisiko wird durch Schwankungen der Wechselkurse, Zinssätze, Credit Spreads, Aktienpreise und Warenpreise sowie anderer relevanter Marktparameter, wie z.B. impliziter Volatilitäten, bestimmt.

Organisation des Marktrisikomanagements

Alle Marktrisiken werden auf B-IPS-ebene gemessen und überwacht. Die Steuerung findet bei den einzelnen B-IPS Mitgliedern statt.

Die Berechnung des Marktrisikos erfolgt entsprechend den definierten Konfidenzintervallen. Für das Bankbuch wird mit einer Haltedauer von 250 Tagen gerechnet, für das Handelsbuch wird das Eigenmittelerfordernis für Positions-, Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiko abzüglich Eigenmittelerfordernis für Fremdwährungen herangezogen.

Value at Risk (VaR)

Nachstehende Tabelle stellt die Risikokennzahlen (VaR 99,9 Prozent 1Tag) für das Marktrisiko der Bankbücher je Risikoart dar.

Bankbuch VaR 99,9 % 1d in € Tausend	VaR per 31.12.2016	VaR per 31.12.2015
Zinsrisiko	24.437	14.875
Credit Spread Risk	70.528	67.864
Gesamt	94.965	82.739

Währungsrisiko/Offene Devisienposition

Das Währungsrisiko beschreibt das Risiko der Wertveränderung der Fremdwährungsposition bedingt durch Preisverschiebungen auf den Devisenkassamärkten und wird deshalb auch als Kursänderungsrisiko bezeichnet.

Preisänderungen auf den Devisenterminmärkten, welche bei inkongruenten Terminpositionen auch bei geschlossener Devisenposition zu einer Wertminderung führen können (Swapsatzrisiko), werden als Zinsänderungsrisiko gesehen. Die Tabelle zeigt die offenen Devisenpositionen in angeführten Währungen:

in € Tausend	2016	2015
ALL	100.568	45.911
BAM	0	0
BGN	123,200	132,007
BYR	0	0
CNY	-2.582	32
CZK	-32.451	13.093
HRK	44.815	0
HUF	51.570	68,930
PLN	-9.318	21.945
RON	21.416	-15.963
RSD	3.508	-5.009
RUB	-48.726	-91.068
UAH	-45.465	104.794
USD	46.382	-36,573

Das Währungsrisiko im engeren Sinn ist als die Gefahr von Verlusten aufgrund offener Devisenpositionen definiert. Währungsschwankungen wirken sich dabei aber sowohl auf die laufend erzielten Erträge als auch auf die anfallenden Kosten aus. Sie beeinflussen weiters das Eigenmittelerfordernis von Aktivpositionen in Fremdwährungen, selbst wenn diese in derselben Währung refinanziert wurden und somit keine offene Devisenposition besteht.

Zinsrisiken im Bankbuch

Das Zinsänderungsrisiko beinhaltet die Gefahr, dass der erwartete oder geplante Wert bzw. Ertrag aufgrund einer Marktzinsänderung nicht erreicht wird. Das Zinsänderungsrisiko enthält sowohl einen Einkommenseffekt (Nettozinsertrag) als auch einen Barwerteffekt.

Unterschiedliche Laufzeiten und Zinsanpassungskonditionen der angebotenen Produkte führen gemeinsam mit der Refinanzierung durch Kundeneinlagen sowie über die Geld- und Kapitalmärkte im B-IPS zu Zinsänderungsrisiken. Diese entstehen vorwiegend durch den nicht vollständigen Ausgleich der Zinssensitivität von erwarteten Zahlungen, deren Zinsanpassungsrhythmen und anderer optionaler Ausstattungsmerkmale. Für die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch kommen neben der Value-at-Risk-Berechnung auch klassische Methoden der Kapital- und Zinsbindungsanalyse zur Anwendung. Seit dem Jahr 2002 besteht für das Zinsänderungsrisiko im Rahmen der Zinsrisikostatistik an die Aufsichtsbehörde ein quartalsweises Berichtswesen, das entsprechend den Erfordernissen der CRR-Richtlinien auch eine Barwertveränderung in Prozent der Eigenmittel beinhaltet. Notwendige Schlüsselannahmen für Fristigkeiten werden dabei im Einklang mit regulatorischen Vorgaben und aufgrund interner Statistiken und Erfahrungswerte getroffen.

Die aggregierte Barwertveränderung des Bankbuchs der B-IPS Mitglieder bei einer parallelen Zinserhöhung um einen Basispunkt wird in folgenden Tabellen für den Stichtag 31. Dezember 2016 dargestellt. Es sind darin Währungen angeführt, bei denen der Absolutwert der Zinssensitivität insgesamt mindestens €1 Tausend beträgt.

2016 in € Tausend	Summe	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Über 20 J
CAD	1.617	-18	-10	0	0	568	0	0	1,077
CHF	-1.555	-1.248	658	162	182	-251	106	430	-1.595
EUR	288.712	-1.009	-3.187	1.112	-17.963	31.576	122,305	56.947	98.930
GBP	1.858	23	9	139	98	-161	168	277	1.305
JPY	233	0	0	0	9	395	55	0	-226
USD	-28.472	-2.651	4,866	14.465	7.031	7,884	-9.961	-3.057	-47.049
Sonstige	103.935	-2.734	-2.593	-1.401	-2.314	-518	8,401	8.609	96.485

2015 in € Tausend	Summe	> 1 bis 2 J	> 2 bis 3 J	> 3 bis 5 J	> 5 bis 7 J	> 7 bis 10 J	> 10 bis 15 J	> 15 bis 20 J	Über 20 J
CAD	685	-11	-6	-3	0	-339	0	0	1.044
CHF	-2.339	-3.120	-2.422	281	70	29	1.352	762	709
EUR	202.700	-879	-794	9.663	-35.958	27.742	105.355	57.760	39.811
GBP	9.099	-1.167	576	7.940	200	81	187	120	1.163
JPY	-212	-3	5	0	19	-504	271	0	0
USD	-39.667	-9.148	-2.890	17.198	-3.300	-2.119	10.889	1.495	-51.793
Sonstige	35.076	-563	123	-746	-2.135	4.431	13.491	10.319	10.156

Preisrisiko

Unter dem Preisrisiko aus Wertpapieren versteht man die Gefahr, dass der Wert eines Portfolios (z.B. Aktien, Renten, Rohstoffe) aufgrund von Kurs- bzw. Zinsänderungen negativ beeinflusst wird. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf Kursänderungen, die nicht ausschließlich von der Bonität der jeweiligen Unternehmen abhängen (dieses Risiko wird als Kreditrisiko angesetzt), sondern von diversen technischen oder fundamentalen Gründen, Angeboten und Nachfragen etc., bestimmt werden.

Spreadrisiko

Spreadrisiko (Credit-Spreadrisiko) ist das Verlustrisiko aufgrund sich ändernder Marktpreise hervor gerufen durch Änderungen von Creditspreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Es kommt zu keiner Doppelzählung mit dem Kreditrisiko, weil auch bei unveränderter Bonität/Rating eine Marktschwankung durch sich veränderte Credit Spreads eintreten kann.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umfasst das Risiko, dass die Bank ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und zeitgerecht erfüllen kann und dass im Falle unzureichender Marktliquidität Geschäfte nicht abgeschlossen werden können oder zu ungünstigeren Konditionen abgeschlossen werden müssen.

Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken:

- Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.)
- Liquiditätsfristentransformationsrisiko (Liquiditätsrisiko i.w.S.)

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufrisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden das Marktliquiditätsrisiko (Assets können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden) verstanden.

Die Liquiditätssteuerung inklusive Fundingplanung und Emissionstätigkeit erfolgt dezentral durch die B-IPS Mitglieder.

Der Risikorat bedient sich zur Überwachung der Einhaltung sämtlicher Liquiditätserfordernisse auf B-IPS Ebene und auf Ebene seiner Mitglieder der ÖRE und des von dieser unter der Verantwortung des Risikorates betriebenen Früherkennungssystems. Der Risikorat bedient sich des auf Bundesebene bestehenden Liquiditätsverbundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Mitglieder.

Es entspricht dem Selbstverständnis der RZB als Zentralinstitut und Hüterin dieses Liquiditätsverbundes, dass dem Ersuchen eines angeschlossenen Kreditinstituts nach Bereitstellung weiterer Liquidität — im Bedarfs- wie im Notfall — bestmöglich entsprochen wird.

Sollten die Mittel des auf Bundesebene bestehenden Liquiditätsverbundes bzw. die Finanzierungsquellen der RZB nicht ausreichen, so wird der Risikorat eine B-IPS-Liquiditätshilfe vorschreiben. Diese ist also subsidiär zu den bereits auf Bundesebene im Rahmen des dort eingerichteten Liquiditätsverbundes gewahrten Liquiditätshilfen zu beschließen, sofern und solange ein eingerichteter Liquiditätsverbund besteht bzw. ein Vertragspartner bei diesem Bundesliquiditätsverbund Mitglied ist.

Für eine möglichst umfassende Betrachtung der Liquiditätssituation wurden vier Szenarien definiert (Normalfall, Systemkrise, Rufkrise, Kombinierte Krise). Allen Szenarien ist unterstellt, dass von deraktuellen Situation ausgehend eine Bestandsbetrachtung inklusive eingeschränkter Neugeschäftsannahmen (kundeninduziertes Neugeschäft) durchgeführt wird. Ziel der unterschiedlichen Szenarien ist die dem entsprechenden Marktumfeld angepasste Darstellung der Auswirkungen auf die Liquiditätsablaufbilanz hervorgerufen durch unterschiedliches Verhalten der Marktteilnehmer, insbesondere betreffend der nicht deterministisch festgelegten Cashflows, wie z.B. Spar- und Sichteinlagen

Die Risikomessmethode des ÖRE Liquiditätsrisikomanagments definiert sich für das B-IPS sowie deren Mitgliedern wie folgt:

Allen Szenarien ist unterstellt, dass von der aktuellen Situation ausgehend kein Neugeschäft durchgeführt wird. Die Szenarien unterscheiden sich jedoch durch unterschiedliche Auswirkung auf die bestehende Kapitalablaufbilanz (ON- und OFF Balance Positionen) in der jeweils angenommenen Stresssituation.

Im Rahmen der Risikobetrachtung werden die bestehenden Liquiditäts-GAPS (Überhänge bei Mittelzuflüssen und Mittelabflüssen) je definiertem Laufzeitband dem jeweils vorhandenen Liquiditätspuffer, bestehend aus einem Pool an hoch liquiden Assets (tenderfähige Wertpapiere, Credit Claims, usw.), unter Berücksichtigung der definierten Szenarien, gegenübergestellt.

Generell wird starkes Augenmerk auf die Liquiditätssicherung unter Betrachtung eines definierten Überlebenshorizonts ("Survival Period") gelegt. Dieser muss durch den vorhandenen Liquiditätspuffer gedeckt werden und leitet sich aus dem bestehenden Limitsystem ab. Die Survival Period ist mit einem Monat festgelegt.

Das Modell der Messmethodik wird in regelmäßigen Abständen überarbeitet und an veränderte Rahmenbedingungen angepasst. Des Weiteren ist ein umfassender Katalog an Liquiditätsfrühwarnindikatoren implementiert.

Für das Liquiditätsrisiko besteht für das B-IPS sowie deren Mitglieder ein detailliertes Limitsystem. Dieses unterscheidet gemäß den Vorgaben der EBA drei Liquiditätskennzahlen:

- Operative Liquiditätstransformation,
- Strukturelle Liquiditätstransformation,
- Gap über Bilanzsumme.

Die "Operative Liquiditätstransformation" (O-LFT) beschreibt die operative Liquidität von 1 bis 18 Monate und wird als Quotient aus Aktiva und Passiva der kumulierten Laufzeitbänder gebildet. In der Position Aktiva werden für die O-LFT-Kennziffern auch die Positionen des Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Dadurch ist ersichtlich, ob eine Bank ohne Neugeschäft (Rollover von Refinanzierungen) ihren kurzfristigen Auszahlungsverpflichtungen nachkommen kann.

Das zweite Modell, die "Strukturelle Liquiditätstransformation" (S-LFT), stellt für alle Teilnehmer der RBG die langfristige Liquiditätssituation für Laufzeiten ab 18 Monaten dar. Diese wird als Quotient aus Passiva und Aktiva für Laufzeitbänder von 18 Monaten bis > 15 Jahre auf Einzelbasis und in aggregierter Form dargestellt. In der Position Aktiva werden für die S-LFT-Kennziffern auch die Position Off-Balancesheets sowie der Liquiditätspuffer berücksichtigt. Diese Kennzahl zeigt die laufzeitkongruente Refinanzierung der langfristigen Aktiva.

Die dritte Kennzahl für das Monitoring des Liquiditätsrisikos stellt der "GBS-Quotient", auch "Gap über Bilanzsumme" dar. Der Quotient des Gaps über die Bilanzsumme wird als Quotient aus Nettopositionen je Laufzeitband und Bilanzvolumen gebildet und zeigt ein eventuell überhöhtes Refinanzierungsrisiko in einem Laufzeitband an.

Dem stärkeren Fokus auf die operative Liquidität des B-IPS wird zusätzlich über die wöchentliche OeNB-Liquiditätsmeldung Rechnung getragen. Dabei werden die erwarteten Zahlungseingänge den erwarteten Zahlungsausgängen gegenübergestellt und mit dem vorhandenen Liquiditätspuffer abgeglichen (dynamische Betrachtung).

Seit Ende 2014 wird die Liquidity Coverage Ratio (LCR) für das B-IPS, unter Berücksichtigung der Anforderungen der Kapitaladäquanzverordnung und -richtlinie (CRR/CRD IV), der Implementing Technical Standards der EBA und der Kreditinstitute-Risikomanagementverordnung, die zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht dient, an die Aufsicht gemeldet. (B-IPS LCR per 31.12.2016 über alle Währungen 138,83 %; per 31.12.2015 über alle Währungen: 121,32 %

Für einen eventuellen Krisenfall wurde im Rahmen des Liquiditätsverbundes ein entsprechender Notfallsplan festgelegt.

B-IPS 31.12.2016 in Millionen €	7d	1m	3m	6m	12m	2a	3a	5a	7a	10a	15a	20a	30a	>30a
Liquiditāts- position "Normalfall" (kumuliert von vorne)	37.696	31,153	31.320	29.645	29.797	32.807	35.970	27.862	15.275	-2.911	4.216	-716	-730	-561
Liquiditäts- position "Kombinierte Krise" (kumuliert von vorne)	31.192	17.874	13.221	8.881	13.393	15.580	17.927	14.221	8.118	-431	1.102	-9.476	-9.477	-9.369

B-IPS 31.12.2015 in Millionen €	7d	1m	3m	6m	12m	2a	3a	5a	7a	10a	15a	20a	30a	>30a
Liquiditäts- position "Normalfall" (kumuliert von vorne)	25.352	18.063	15.602	14.737	16.074	17.471	21.268	18.313	10.287	-4.571	-3.102	-4.784	-1.853	-2.969
Liquiditäts- position "Kombinierte Krise" (kumuliert von vorne)	29.741	15.423	8,806	5.460	10.959	9,744	10.774	9.998	5.245	-4.773	-8.352	-15.105	-12.156	-13.252

Operationelle Risiken

Unter dem operationellen Risiko wird das Risiko von Verlusten verstanden, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder aufgrund von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können. Innerhalb dieser Risikokategorie werden sowohl interne Risikofaktoren – z.B. unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug, Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle – als auch externe Risikofaktoren einschließlich von Sachschäden und Betrugsabsichten kontrolliert und gesteuert.

Die Risikoidentifikation, Überwachung, Messung und Risikoreduktion erfolgt bei den Mitgliedern des B-IPS. Bei ökonomischer Fehlentwicklung sind von ÖRE entsprechende Sanierungsmaßnahmen und Sanierungskonzepte vorzuschlagen, einzuleiten bzw. umzusetzen.

Transformationsrechnung

In die Eigenmittelberechnung des B-IPS laufen sowohl IFRS-COREP-Daten (aus den CRR-Kreisen der RZB Gruppe, der RLB NÖ Gruppe, der RLB OÖ Gruppe und der RLB Steiermark Gruppe) als auch UGB-BWG-Daten (der Raiffeisen Landesbanken Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Burgenland, Kärnten und der Posojilnica) ein. Eine Umbewertung UGB/BWG auf IFRS auf Positionsnummernebene wird aufgrund der Berechnungskomplexität nicht vorgenommen. Darüber hinaus liegt der Anteil der UGB-Landesbanken an den gesamten Eigenmitteln und Eigenmittelerfordernissen bei nur 10 bis 15%. Mittels einer sogenannten "Transformationsrechnung" wird diese Umbewertung per 31.12.2016 simuliert.

Umbewertungseffekte (UGB/BWG versus IFRS) ergeben sich in erster Linie beim Sozialkapital (Pensionsrückstellungen, Abfertigungsrückstellungen, Jubiläumsgeldrückstellungen), bei den Wertpapieren des Anlagevermögens und bei den Derivaten, wobei die Unterschiede zwischen IFRS und UGB durch das Inkrafttreten des RÄG 2014 geringer geworden sind (Bildung von Portfoliowertberichtigungen, Steuerlatenz). Bei Berücksichtigung dieser Umbewertungseffekte ändern sich sowohl die Eigenmittel als auch die Eigenmittelerfordernisse nur marginal und verändern auch die Ratios nur in der 2. Nachkommastelle.

Aggregierte Gewinn- und Verlustrechnung

in € Tausend	2016	2015
Zinserträge	6.719.180	7.489.258
Zinsaufwendungen	-2.572.591	-3.126.145
Ergebnis aus at equity bilanzierten Unternehmen	119.856	218.979
Zinsüberschuss	4.266.445	4.582.092
Risikovorsorge	-725.197	-1.383.200
Zinsüberschuss nach Kreditrisikovorsorgen	3.541.248	3.198.892 2.683.883
Provisionserträge	2.676.952	
Provisionsaufwendungen	-786.712	-758.534
Provisionsüberschuss	1.890.240	1.925.349
Handelsergebnis	265.000 -291.318 85.725 -205.593 -4.220,934	35.821 99.272 -16.094 83.178 -4.253.990
Ergebnis aus designierten Finanzinstrumenten		
Finanzanlageergebnis		
Sonstiges Finanzergebnis		
Verwaltungsaufwendungen		
Sonstiges betriebliches Ergebnis	15.824	60.974
Jahresüberschuss/-fehlbetrag vor Steuern	1.285.785	1.050.223
Steuern vom Einkommen und Ertrag	-367.250	-331.674
Jahresüberschuss/-fehlbetrag nach Steuern	918.535	718.549
Anteile anderer Gesellschafter am Gewinn	-305.230	-325.600
IPS-Ergebnis	613.305	392,949

Aggregierte Bilanz

Aktiva in € Tausend	2016	2015
Barreserve	17.423.030	18,205,042
Forderungen an Kreditinstitute	21,771.034	19.357.223
Forderungen an Kunden	127.668130	126.405.028
Risikovorsorge für das Kreditgeschäft	-6.929.941	-8.159.591
Handelsaktiva	8.652.310	9.571.103
Sonstiges Finanzumlaufvermögen	12,715,457	13.908.862
Finanzanlagen	24.280.955	24.315.241
Unternehmensanteile	2.784.648	3.076.322
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	1.697.490	2.458.401
Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	3.125.359	3.249.450
Laufende und latente Steueransprüche	511.817	524.945
Sonstige Aktiva	4.516.788	4.838.723
Aktiva gesamt	218.217.077	217,750,748

Passiva in € Tausend	2016	2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	43.118.187	46.156.946
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	112.459.441	107,044,250
Verbriefte Verbindlichkeiten	28.685.656	30.202.441
Rückstellungen	1.434.754	1.533.173
Laufende und latente Steuerverbindlichkeiten	314.283	257.611
Handelspassiva	7,497,328	7.412.331
Sonstige Passiva	3.442.021	5.315.176
Nachrangkapital	6.941.773	6.782.937
Kapital der nicht beherrschenden Anteile	4.768.839	5.460.870
Eigenkapital	8,941.488	7.192.063
Bilanzgewinn / Bilanzverlust	613,305	392.949
Passiva gesamt	218,217,077	217.750.748

Zusammensetzung des B-IPS

Aufstellung der Antragsteller mit ihren CRR KI-Gruppen (bzw. Einzelinstitute) für die Erstkonsolidierungen gemäß CRR Artikel 49 Abs. 3 lit iv

IPS - Mitglieder	zugehörig zu CRR KI-Gruppe
Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, FN 58882t, Am Stadtpark 9, 1030 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI- Gruppe
Raiffeisenlandesbank Burgenland und Revisionsverband eGen, FN 121834v, Raiffeisenstraße 1, 7000 Eisenstadt	п.а
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, FN 247579m, Europaplatz 1 a, 4020 Linz	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich - Wien AG, FN 203160s, Friedrich-Wilhelm Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien	Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe
Raiffeisen-Holding Niederösterreich - Wien registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 959750h Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien	Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe
Raiffeisenverband Salzburg eGen, FN 38219f, Schwarzstraße 1 3-15, 5020 Salzburg	Raiffeisenlandesbank Salzburg KI-Gruppe
Raiffeisen-Landesbank Tirol AG, FN 223624i, Adamgasse 1-7, 6020 Innsbruck	n,a.
Raiffeisenlandesbank Vorarlberg Waren- und Revisionsverband registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 63128k, Rheinstraße 11, 6901 Bregenz	n.a.
Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG, FN 264700s, Kaiserfeldgasse 5, 8010 Graz	Raiffeisenlandesbank Steiermark KI-Gruppe
Raiffeisenlandesbank Kärnten - Rechenzentrum und Revisionsverband, registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, FN 116094b, Raiffeisenplatz 1, 9020 Klagenfurt	Raiffeisenlandesbank Kärnten KI-Gruppe
Posojilnica Bank eGen, FN 115073a (ehemals Zveza Bank registrirana zadruga z omelenim jamsivom, Bank und Revisionsverband, FN 115073a, registrierte Ge-nossenschaft mit beschränkter Haftung), Paulitschgasse 5-7, 9010 Klagenfurt	n.a.
Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft mbH, FN 116309v, Mooslackengasse 12, 1190 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI- Gruppe
Raiffeisen Wohnbaubank AG, FN 117299z, Mooslackengasse 12, 1190 Wien	Raiffeisen Zentralbank KI- Gruppe

CRR KI-Gruppen **B-IPS Mitglied** Raiffeisen Zentralbank KI-Gruppe "Raiffeisen-Rent" Vermögensberatung und Treuhand Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Abade Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Lauterbach KG, 65760 Eschborn (DE) Abade Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE) Abakus Immobilienleasing GmbH & Co Projekt Leese KG, 65760 Eschborn (DE) Abura Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Seniorenhaus Boppard KG, 65760 Eschborn (DE) Abutilon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohof Ibbenbüren KG, 65760 Eschborn (DE) Achat Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Hochtaunus-Stift KG, 65760 Eschborn (DE) Acridin Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Marienfeld KG, 65760 Eschborn (DE) Adagium Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE) Adamas Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Werdau KG, 65760 Eschborn (DE) Adiantum Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Schillerhöhe Weimar KG, 65760 Eschborn (DE) Adipes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Bremervörde KG, 60329 Frankfurt am Main (DE) Ados Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE) Adular Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Rödermark KG, 65760 Eschborn (DE) Agamemnon Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Pflegeheim Freiberg KG, 65760 Eschborn (DE) AGITO Immobilien-Leasing GesmbH, Wien (AT) AKRISIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) AL Taunussteiner Grundstücks-GmbH & Co KG, 65760 Eschborn (DE) A-Leasing SpA, 31100 Treviso (IT) Am Hafen" Sutterlüty GmbH & Co KG, Wien (AT) AMYKOS RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT) APUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) ARCANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) A-Real Estate S.p.A., 39100 Bozen (IT) AURIGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Austria Leasing Beteiligungsgesellschaft mbH, 65760 Eschborn (DE) Austria Leasing GmbH & Co. Immobilienverwaltung Projekt Hannover KG, 65760 Eschborn (DE) Austria Leasing GmbH & Co. KG Immobilienverwaltung CURA, 65760 Eschborn (DE) Austria Leasing GmbH, 65760 Eschborn (DE) BAILE Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT) Baumgartner Höhe RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT) BUILDING BUSINESS CENTER DOO NOVI SAD, Novi Sad (RS) Bulevard Centar BBC Holding d.o.o., Beograd (RS) Burgenländische Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., 7000 Eisenstadt (AT) CADO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) Canopa Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) CERES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) CINOVA RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT) CJSC Mortgage Agent Raiffeisen 01, Moscow (RU) CUPIDO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) CURO Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) DAV Holding Ltd., Budapest (HU) Doplnková dôchodková spolocnost Tatra banky, a.s., Bratislava (SK) DOROS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) ELIOT, a.s., Bratislava (SK) EPPA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) ETEOKLES Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) FCC Office Building SRL, Bucharest (RO) FEBRIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) Floreasca City Center Verwaltung Kft., 1134 Budapest (HU) FWR Russia Funding B.V., Amsterdam (NL)

GENO Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) HABITO Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) Harmadik Vagyonkezelő Kft., Budapest (HU) Hietzinger-Spitz Projektentwicklung GmbH, Wien (AT) IGNIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn GmbH, Wien (AT) Infrastruktur Heilbad Sauerbrunn RBI-Leasing GmbH & Co.KG., 7202 Bad Sauerbrunn (AT) JLLC "Raiffeisen-leasing", 220002 Minsk, Belarus (BY) Kathrein Capital Management GmbH, 1010 Wien (AT) Kathrein Privatbank Aktiengesellschaft, 1010 Wien (AT) KAURI Handels und Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT) Kiinteistö Oy Rovaniemen tietotekniikkakeskus, 00100 Helsinki (FI) Kiinteistö Oy Seinäjoen Joupinkatu 1, 00271 Helsinki (FI) Konevova s.r.o., 13045 Praha 3 - Zizkov (CZ) Lentia Immobilienleasing GmbH & Co. Albert-Osswald-Haus KG, 65760 Eschborn (DE) Lexxus Services Holding GmbH, 1030 Wien (AT) LIBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) Limited Liability Company Raiffeisen Leasing Aval, 04073 Kiev (UA) LLC "ARES Nedvizhimost", 107023 Moscow (RU) Lucius Property, s.r.o., Praha 4 (CZ) LYRA Raiffeisen Immobilien Leasing GmbH, Wien (AT) MIRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) MOBIX Raiffeisen-Mobilien-Leasing AG, Wien (AT) MOBIX Vermögensverwaltungsges.m.b.H., Wien (AT) Niederösterreichische Landes-Landwirtschaftskammer Errichtungs- und Betriebsgesellschaft m.b.H., Wien OOO Raiffeisen-Leasing, 109004 Moskau (RU) Orestes Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Wiesbaden KG, 65760 Eschborn (DE) Ostarrichi Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Langenbach KG, 65760 Eschborn (DE) Park City real estate Holding d.o.o., Novi Sad (RS) PARO Raiffeisen Immobilien Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) PELIAS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) PERSES RBI Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT) PLANA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Pointon Investment Limited, Limassol (CY) Priamos Immobilienleasing GmbH, 65760 Eschborn (DE) Priorbank JSC, 220002 Minsk (BY) PRODEAL, a.s., Bratislava (SK) Propria Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH, Wien (AT) Raiffeisen Banca pentru Locuinte S.A., Bucharest (RO) Raiffeisen Bank Aval JSC, 01011 Kyiv (UA) Raiffeisen Bank d.d. Bosna i Hercegovina, Sarajevo (BA) Raiffeisen Bank International AG, 1030 Wien (AT) Raiffeisen Bank Kosovo J.S.C., Pristina (KO) Raiffeisen Bank Polska S.A., Warszawa (PL) Raiffeisen Bank S.A., Bucharest (RO) Raiffeisen Bank Sh.a., Tirane (AL) Raiffeisen Bank Zrt., Budapest (HU) Raiffeisen banka a.d., Novi Beograd (RS) Raiffeisen Bausparkasse Gesellschaft m.b.H., 1050 Wien (AT) **B-IPS** Mitglied Raiffeisen Bausparkassen Holding GmbH, 1050 Wien (AT) Raiffeisen Burgenland Leasing GmbH, 1190 Wien (AT) Raiffeisen CEE Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen Centrobank AG, 1010 Wien (AT)

Raiffeisen CIS Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT)

Raiffeisen consulting d.o.o., Zagreb (HR) Raiffeisen Factor Bank AG, 1020 Wien (AT) Raiffeisen Factoring Ltd., 10 000 Zagreb (HR) Raiffeisen FinCorp, s.r.o., Praha 4 (CZ) Raiffeisen Immobilienfonds, () Raiffeisen International Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen International Invest Holding GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen International Liegenschaftsbesitz GmbH, 1060 Wien (AT) Raiffeisen Kapitalanlage-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, 1010 Wien (AT) Raiffeisen Leasing Bulgaria OOD, 1504 Sofia (BG) Raiffeisen Leasing d.o.o. Sarajevo, 71000 Sarajevo (BA) Raiffeisen Leasing d.o.o., 1000 Ljubljana (SI) Raiffeisen Leasing d.o.o., Belgrad (RS) Raiffeisen Leasing IFN S.A., Bukarest (RO) Raiffeisen Leasing Kosovo LLC, 10000 Pristina, Kosovo (KO) Raiffeisen Leasing sh.a., Tirane (AL) Raiffeisen Leasing-Projektfinanzierung Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen Mandatory and Voluntary Pension Funds Management Company Plc., 10 000 Zagreb (HR) Raiffeisen ÖHT Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen Property Holding International GmbH, 1060 Wien (AT) Raiffeisen Property Lizing Zrt, 1054 Budapest (HU) Raiffeisen Real Estate Fund, (HU) Raiffeisen Rent DOO, 11070 Belgrad (RS) Raiffeisen RS Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen SEE Region Holding GmbH, 1030 Wien (AT) Raiffeisen stambena stedionica d.d., Zagreb (HR) Raiffeisen stavebni sporitelna, a.s., 13045 Praha 3 - Zizkov (CZ) Raiffeisen Wohnbaubank Aktiengesellschaft, 1030 Wien (AT) **B-IPS** Mitglied Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft, 1030 Wien (AT) **B-IPS Mitglied** Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT) Raiffeisenbank (Bulgaria) EAD, Sofia (BG) Raiffeisenbank a.s., 140 78 Praha 4 (CZ) Raiffeisenbank Austria d.d., Zagreb (HR) Raiffeisen-Gemeindegebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Invest-Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT) Raiffeisen-Kommunalgebäudeleasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Aircraft Finance GmbH, Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Bank Aktiengesellschaft, Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Beteiligung GesmbH, Wien (AT) Raiffeisen-Leasing d.o.o., 10 000 Zagreb (HR) Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Immobilienmanagement Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Leasing International Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Liegenschaftsverwaltung Kraußstraße Gesellschaft m.b.H., Wien (AT) Raiffeisen-Leasing Lithuania UAB, Vilnius, Litauen (LT) Raiffeisen-Leasing, s.r.o., 140 78 Praha 4 (CZ) Raiffeisen-RBHU Holding GmbH, 1030 Wien (AT) RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H. & Co. KG, 1030 Wien (AT) RALT Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT) RAN elf Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT) RAN vierzehn Raiffeisen-Anlagevermietung GmbH, Wien (AT) RAN zehn Raiffeisen-Anlagenvermietung Ges.m.b.H., Wien (AT)

RB International Finance (Hong Kong) Ltd., Hong Kong (HK)
RB International Finance (USA) LLC, NY 10036 New York (US)
RB International Investment Asia Limited, Labuan F.T. (MY)
RB International Markets (USA) LLC, New York, NY 10036 (US)
RBI KI Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)
RBI Beijing Branch, Beijing (CN)
RBI Deutschland Branch, (DE)
RBI eins Leasing Holding GmbH, (AT)
RBI IB Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)
RBI ITS Leasing-Immobilien GmbH, Wien (AT)
RBI LEA Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)
RBI Leasing GmbH, Wien (AT)
RBI LGG Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
RBI London Branch, (GB)
RBI PE Handels- und Beteiligungs GmbH, 1030 Wien (AT)
RBI Singapore Branch, Singapore (SG)
REC Alpha LLC, Kiev 01011 (UA)
Regional Card Processing Center s.r.o., 81106 Bratislava (SK)
REMUS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
Rent Impex, s.r.o., 851 01 Bratislava (SK)
RIL IV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
RIL VII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT) RIL XIII Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)
RIL XIV Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., 1020 Wien (AT)
RIRE Holding GmbH, 1060 Wien (AT)
RL Anlagenvermietung Gesellschaft m.b.H., 65760 Eschborn (DE)
RL Flussschifffahrts GmbH & Co KG, 1190 Wien (AT)
RL Gamma d.o.o., 10002 Zagreb (HR)
RL Grundstückverwaltung Klagenfurt-Süd GmbH, Wien (AT)
RL Hotel Palace Wien Besitz GmbH, Wien (AT)
RL Retail Holding GmbH, Wien (AT)
RL'Thermal Beteiligungen GmbH, 1190 Wien (AT)
RL Thermal GmbH & Co Liegenschaftsverwaltung KG, 1190 Wien (AT)
RL Thermal GmbH, 1190 Wien (AT)
RL-Epsilon Holding GmbH, Wien (AT)
RL-Epsilon Sp.z.o.o., 00-838Warschau (PL)
RL-Gamma Holding GmbH, Wien (AT)
RLI Holding Gesellschaft m.b.H., 1030 Wien (AT)
RL-Jota Holding GmbH, Wien (AT)
RL-Jota Sp.z o.o., 00-838 Warschau (PL)
RL-Mörby AB, (SE)
RL-Nordic AB, 114 32 Stockholm (SE)
RL-Nordic Finans AB, 114 32 Stockholm (SE)
RL-Nordic OY, 00100 Helsinki (FI)
RL-Pro Auxo Sp.z.o.o., 00838 Warschau (PL)
RUBRA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)
RZB - BLS Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
RZB Finance (Jersey) III Ltd, St. Helier JE4 8PX (JE)
RZB Finance (Jersey) IV Limited, St. Helier JE4 8PX (JE)
RZB Invest Holding GmbH, 1030 Wien (AT)
RZB Sektorbeteiligung GmbH, 1030 Wien (AT)
RZB Versicherungsbeteiligung GmbH, 1030 Wien (AT)
S.A.I. Raiffeisen Asset Management S.A., Bucharest (RO)'
S.C. PLUSFINANCE ESTATE 1 S.R.L., 020331 Bucharest (RO)
The state of the s

SALVELINUS Handels- und Beteiligungsgesellschaft m.b.H, 1030 Wien (AT)		
SAMARA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)		
SF Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
SINIS Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
SOLAR II Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
SOLIDA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
SPICA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Ges.m.b.H., Wien (AT)		
'S-SPV" d.o.o. Sarajevo, 71000 Sarajevo (BA)		
Styria Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Ahlen KG, 65760 Eschborn (DE)		
Tatra Asset Management, správ. spol., a.s., Bratislava (SK)		
Tatra banka, a.s., Bratislava 1 (SK)		
Tatra-Leasing, s.r.o., Bratislava (SK)		
THYMO Raiffeisen-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
TOO Raiffeisen Leasing Kazakhstan, 050008 Almaty (KZ)		
Ukrainian Processing Center PJSC, 04073 Kyiv (UA)		
Unterinntaler Raiffeisen-Leasing GmbH & Co KG, Wien (AT)		
URSA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
Valida Holding AG, 1190 Wien ()		
Valida Plus AG, 1190 Wien ()		
Vindalo Properties Limited, Limassol (CY)		
Vindobona Immobilienleasing GmbH & Co. Projekt Autohaus KG, 65760 Eschborn (DE)		
WEGA Raiffeisen-Immobilien-Leasing Gesellschaft m.b.H., Wien (AT)		
ZAO Raiffeisenbank, Moscow (RU)		
ZUNO BANK AG CZ, (CZ)		
ZUNO BANK AG SK, (SK)		
ZUNO BANK AG, Wien (AT)		
Raiffeisenlandesbank Niederösterreich KI-Gruppe		
"SEPTO" Beteiligungs GmbH	X	
DZR Immobilien und Beteiligungs GmbH	999-1	
NÖ Raiffeisen Kommunalprojekte Service Gesellschaft m.b.H.		
NÖ Raiffeisen Kommunalservice Holding GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeimmobilienservice GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H.	B-IPS Mitglied	
	B-IPS Mitglied B-IPS Mitglied	
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG	B-IPS Mitglied B-IPS Mitglied	
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o.		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o.		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH RLB NÖ-Wien Sektorbeteiligungs GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H.		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H. Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H. Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH Grundstücksverwaltung Steyr GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H. Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH Grundstücksverwaltung Steyr GmbH Grundstücksverwaltung Villach-Süd GmbH		
NÖ Raiffeisen-Leasing Gemeindeprojekte Gesellschaft m.b.H. Raiffeisen Holding NÖ-Wien RAIFFEISENLANDESBANK NIEDERÖSTERREICH-WIEN AG RLB NÖ Wien Leasingbeteiligungs GmbH RLB NÖ-Wien Holding GmbH Raiffeisenlandesbank Oberösterreich KI-Gruppe activ factoring AG Am Ölberg Liegenschaftsverwertungs GmbH Bauen und Wohnen Bet.GmbH BHG Beteiligungsmanagement und Holding GmbH DAILY Tiefkühlhaus ErrichtungsgmbH EFIS, s.r.o. Eurolease Finance d.o.o. EUROPASTEG Errichtungs- und Betriebs GmbH Eurotherme Bad Schallerbach Hotelerrichtungsgesellschaft m.b.H. Gesellschaft zur Förderung des Wohnbaus GmbH Grundstücksverwaltung Steyr GmbH		

Projekt Blumau Tower Immobilien GmbH

Hypo Holding GmbH HYPO IMPULS Immobilien Leasing GmbH Hypo Impuls Immobilien Rif GmbH HYPO IMPULS Mobilien Leasing GmbH HYPO IMPULS Vital Leasing GmbH HYPO Liegenschaftsverwertungs Gesellschaft m.b.H. HYPO Salzburg IMPULS Leasing GmbH HYPO-IMPULS Immobilien GmbH HYPO-IMPULS-Alpha Immobilien GmbH IB-RT IMMOBILIEN Beteiligungs Real-Treuhand Portfoliomanagement GmbH & Co KG IL1 Raiffeisen-IMPULS- Mobilienleasing Gesellschaft m.b.H. IMMOBILIEN INVEST Real-Treuhand Portfoliomanagement GmbH & Co OG IMPULS - Praha spol. s r.o. IMPULS sterboholy s.r.o. IMPULS Bilina s.r.o. IMPULS Delta d.o.o. IMPULS Leasing d.o.o. IMPULS Leasing Polska Sp. z.o.o. IMPULS Leasing Romania IMPULS Leasing Slovakia s.r.o IMPULS Malvazinky s.r.o. IMPULS Milovice s.r.o. IMPULS Modletice IMPULS Plzen s.r.o. IMPULS Rakovnik s.r.o. Impuls Teplice s.r.o. IMPULS Tmavka IMPULS-Immobilien GmbH & Co Objekt Eitorf IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Gersthofen KG IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Laupheim KG IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Offingen KG IMPULS-Immobilien GmbH& Co. Objekt Karlstein KG IMPULS-Leasing GmbH & Co. Objekt Hengersberg KG IMPULS-Leasing GmbH & Co. Objekt Schkeuditz KG IMPULS-LEASING International GmbH IMPULS-Leasing Services SRL IMPULS-Leasing-Austria s.r.o. IMPULS-Leasing-Real-Estate s.r.o. IMPULS-Leasing-Theta-Immobilien s.r.o. (Umfirmierung in IMPULS Chlumcany s.r.o. geplant) INCOM Private Equity GmbH Invest Holding GmbH IVH Unternehmensbeteiligungs GmbH & Co OG KEPLER-FONDS Kapitalanlagegesellschaft m.b.H. LABA-IMPULS-Gebäudeleasing Gesellschaft m.b.H. LABA-IMPULS-Gebäudeleasing GmbH & Co KG LABA-IMPULS-IT-Leasing GmbH & Co KG LKW-Zentrum Radfeld Liegenschaftsverwaltung GmbH O.Ö. Kommunalgebäude-Leasing Gesellschaft m.b.H. O.Ö. Kommunal-Immobilienleasing GmbH Oberösterreichische Kfz-Leasing Gesellschaft m.b.H. OO HYPO-IMPULS Leasing GmbH Österreichische Salinen Aktiengesellschaft Privatstiftung der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft

Projekt Eberstallzell Immobilien GmbH		
Raiffeisen Impuls Projekt Lehen GmbH		
Raiffeisen OÖ Immobilien- und Projektentwicklungs GmbH		
Raiffeisenbankengruppe OÖ Verbund eGenbH		
Raiffeisen-IMPULS Finance & Lease GmbH		
Raiffeisen-IMPULS- Fuhrparkmanagement GmbH		
Raiffeisen-IMPULS Fuhrparkmanagement GmbH & Co KG		
Raiffeisen-IMPULS- Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS KFZ u. Mobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS- Mobilienleasing GmbH		
Raiffeisen-IMPULS- Realitätenleasing GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Alpha Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Bautenleasing Ges. m.b.H	4	
Raiffeisen-IMPULS-Beta Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Delta Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Delta Mobilienleasing GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Epsilon Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Gamma Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Immob.GmbH&Co Obj. Hilpoltstein KG		
Raiffeisen-IMPULS-Immobilien GmbH & Co. Objekt Gunzenhausen KG		
Raiffeisen-IMPULS-Immobilienleasing GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Immobilienvermögensverwaltung GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Leasing Schönau GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Leasing Beteiligungs Gesellschaft m.b.H.		
Raiffeisen-IMPULS-Leasing Gesellschaft m.b.H.		
Raiffeisen-IMPULS-Leasing GmbH & Co KG		
Raiffeisen-IMPULS-Liegenschaftsverwaltung Gesellschaft m.b.H.		
Raiffeisen-IMPULS-My Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Atzbach GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Gänserndorf GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Graz-Webling GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Hörsching GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Ort GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Straßwalchen GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Traunviertel GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Urstein GmbH	3	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Wien-Nord GmbH	1	
Raiffeisen-IMPULS-Projekt Wolfsberg GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Rankweil Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Rho Immobilien GmbH		
Raiffeisen-IMPULS-Rho Immobilien GmbH & Co KG		
Raiffeisen-IMPULS-Vermietungsgesellschaft m.b.H.		
Raiffeisen-IMPULS-Zeta Immobilien GmbH		
Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft	B-IPS Mitglied	
RB Prag Beteiligungs GmbH		
RealRendite Immobilien GmbH		
REAL-TREUHAND Management GmbH		
RLB Holding reg. Gen.m.b.H		
RLB OÖ Alu Invest GmbH		
RLB OÖ Sektorholding GmbH		
RLB OÖ Unternehmensbeteiligungs GmbH		
RLB OÖ Unternehmensholding GmbH		
SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT		

vivo Leasing GmbH & Co KG	
WDL Infrastruktur GmbH	
Raiffeisenlandesbank Salzburg KI Gruppe	
Agroconsult Austria Gesellschaft m.b.H.	
BVG Liegenschaftsverwaltung GmbH	
Fremdenverkehrs GmbH	
Industriebeteiligung Gmbh	
Kienberg Panorama Errichtungs GmbH	
PMN Beteiligungs- und Finanzber, GmbH	
Raiffeisenverband Salzburg reg.Gen.m.b.H.	B-IPS Mitglied
SABAG Projekterrichtungs- und Vermietungs GmbH	
SABAG Schulen Projekterrichtungs- und Vermietungs GmbH	
Tinca-Beteiligungs GmbH	
Unternehmensbeteiligung GmbH	
Vis Vitalis Lizenz- und Handels GmbH	
WECO FH Holztechnikum GmbH	
WECO Reha Leasing GmbH	
WEST CONSULT Leasing GmbH	
WEST CONSULT Objekterrichtungs - und Verwaltungs II GmbH	
WEST CONSULT Objekterrichtungs - und Verwaltungs III GmbH	
WEST CONSULT Revitalisierung GesmbH, Salzburg	
Raiffeisenlandesbank Steiermark KI-Gruppe	
Columbia Beteiligungs GmbH	
DÖHAU Liegenschaftsges.m.b.H	
FUTURA LHB-RLB Leasing Holding GmbH	
Grundstücksverwaltung Salzburg-Mitte GmbH	
Hotel Steirerhof Graz GmbH	
HSE Beteiligungs GmbH	
HST Beteiligungs GmbH	
HYPO Leasing Steiermark d.o.o.	
HYPO Steiermark Beteiligungen GmbH	
HYPO Steiermark Immobilienleasing GmbH	
HYPO Steiermark Kommunal- und Gebäudeleasing GmbH	
HYPO Steiermark Leasing - Holding GmbH	
HYPO Steiermark PUNTI Grundstücksverwaltung GmbH	
IVG	
Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft	
NOVA HYPO Leasing GmbH	
NWB Beteiligungs GmbH	THE STATE OF THE S
Optima Vermögensverwaltungs- und Beteiligungs GmbH	
Raiffeisen Informatik Center Steiermark GmbH	
Raiffeisen Rechenzentrum GmbH	
Raiffeisen Rechenzentrum Holding GmbH	
Raiffeisen-Landesbank Steiermark AG	B-IPS Mitglied
RATIO Beteiligungsverwaltungs GmbH	B-1F3 Minglied
RLB - Beteiligungs- und Treuhandges.m.b.H.	
RLB-HYPO Group Leasing Steiermark GmbH	
RLB-Stmk Holding eGen	
RLB-Stmk Management GmbH	
RLB-Stmk Verbund eGen	
RSAL Raiffeisen Steiermark Anlagenleasing GmbH	
RSIL Immobilienleasing Raiffeisen Steiermark GmbH	
SOLUTIO Beteiligungsverwaltungs GmbH	
Steirische RIL	

Raiffeisenland	lachante	Wilmaton	VI /	~

AGIOS Raiffeisen-Immobilien-Leasing GmbH	
Raiffeisen Bezirksbank Klagenfurt reg.Gen.m.b.H.	
Raiffeisenlandesbank Kärnten	B-IPS Mitglied
RBK GmbH & CO OG	
RLB Beteiligungsmanagement GmbH	
RLB Unternehmensbeteiligungs GmbH	
RLB Verwaltungs GmbH	
RS Beteiligungs GmbH	

Institutsbezogenes Sicherungssystem auf Bundesebene (B-IPS)

Wien, am 26. Juni 2017

Als Vertreter des B-IPS

MMag. Martin Schaller

Vorsitzender des Risikorats

Wien, am 26. Juni 2017

Der Vorstand der Raiffeisen Bank International AG

Dr. Johann Strobl

Dkfm. Klemens Breuer

Mag. Martin Grüll

Mag. Peter Lennkh

Mag. Andreas Gschwenter

Dr. Hannes Mösenbacher

Glossar

Ausfallrisiko – Gefahr, dass ein Vertragspartner bei einem Geschäft über ein Finanzinstrument seinen Verpflichtungen nicht nachkommen kann und dadurch bei dem anderen Partner finanzielle Verluste verursacht.

Basel II – Gesamtheit der vom "Baseler Ausschuss", einem internationalen Forum zur Verbesserung der Bankenaufsicht, vorgeschlagenen Eigenkapitalvorschriften. Ziele sind, wie schon bei Basel I, die Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalausstattung von Kreditinstituten sowie die Schaffung einheitlicher Wettbewerbsbedingungen sowohl für die Kreditvergabe als auch für den Kredithandel. Hauptziel der Änderungen von Basel II gegenüber Basel I ist es, die staatlich vorgegebenen Eigenkapitalanforderungen stärker am tatsächlichen Risiko auszurichten und damit dem von den Instituten intern ermittelten Eigenkapitalbedarf anzunähern.

Basel III – Um Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erweitertes Basel-II-Regelwerk mit dem Ziel, eingegangene Risiken besser auf die Risikotragfähigkeit einer Bank (abgeleitet aus Höhe und Qualität des Eigenkapitals) abzustimmen.

Betriebsergebnis – Besteht aus Betriebserträgen abzüglich Verwaltungsaufwendungen.

Betriebserträge – Bestehen aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis sowie sonstigem betrieblichem Ergebnis (abzüglich Bankenabgaben, Wertminderungen von Firmenwerten und in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesener Einmaleffekte).

B-IPS – Bundes-Institutional Protection Scheme (Bundes-Institutsbezogenes Sicherungssystem)

BWG – Bankwesengesetz. Österreichisches Bundesgesetz über das Bankwesen.

CE – Central Europe (Zentraleuropa). Das Segment Zentraleuropa der RBI umfasst Polen, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn.

CEE - Central and Eastern Europe (Zentral- und Osteuropa).

CEE Sonstige – Das Segment CEE Sonstige der RBI umfasst Belarus, Kasachstan und die Ukraine.

Common Equity Tier 1 Ratio – Common Equity Tier 1 in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt) gemäß CRR/CRD IV-Richtlinie.

Cost/Income Ratio - Verwaltungsaufwendungen in Relation zu den Betriebserträgen.

Eigenmittelquote – Die gesamten Eigenmittel in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Einzelwertberichtigungen – Für die bei Kunden- und Bankforderungen vorhandenen Bonitätsrisiken werden nach konzerneinheitlichen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des voraus-sichtlichen Ausfalls gebildet. Eine Ausfallge-

fährdung wird dann angenommen, wenn – unter Berücksichtigung der Sicherheiten – die diskontierten voraussichtlichen Rückzahlungsbeträge und Zinszahlungen unter dem Buchwert der Forderung liegen.

Funding – Sämtliche der Refinanzierung dienenden Maßnahmen von Banken.

Handelsbuch – Bankaufsichtsrechtlicher Begriff für Positionen, die von einem Kreditinstitut zum Zweck des kurzfristigen Wiederverkaufs unter Ausnutzung von Preisund Zinsschwankungen gehalten werden.

IAS – International Accounting Standards. Rechnungslegungsvorschriften, die vom IASB (International Accounting Standards Board) mit dem Ziel herausgegeben wurden, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung auf internationaler Basis zu schaffen.

IFRS – International Financial Reporting Standards. Rechnungslegungsvorschriften, die vom IASB (International Accounting Standards Board) mit dem Ziel herausgegeben wurden, eine transparente und vergleichbare Rechnungslegung auf internationaler Basis zu schaffen.

IRB – Internal Ratings Based. Ansatz zur Bewertung der Eigenkapitalunterlegung von Kreditrisiken gemäß Basel III. Mit der Anwendung des IRB-Ansatzes wird die Eigenmittelunterlegung nach interner Bonitätseinschätzung festgelegt. Dabei werden kreditnehmer- und kreditspezifische Merkmale berücksichtigt. Die Ratings müssen von einer unabhängigen Instanz vorgenommen werden.

Kreditobligo – Umfasst alle bilanziellen (Forderungen, Schuldverschreibungen), außerbilanziellen (Garantien, Kreditlinien) Obligi und gewichteter nicht ausgenutzter zugesagter Rahmen.

Kreditrisiko - Siehe Ausfallrisiko.

Länderrisiko – Umfasst das Transfer- und Konvertibilitätsrisiko bzw. das politische Risiko.

LASE - Landeseinlagensicherung

Liquiditätsrisiko – Risiko, dass ein Kreditinstitut seine gegenwärtigen und zukünstigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig bzw. nicht zeitgerecht erfüllen kann. Es entsteht durch die Gesahr, dass z.B. die Resinanzierung nur zu sehr unvorteilhasten Konditionen erfolgen kann oder gänzlich unmöglich ist.

Li-Verbund – Liquiditätsverbund dem sich die Raiffeisenlandeszentralen und die sonstige angeschlossenen Kreditinstitut der RZB AG als Zentralinstitut angeschlossen haben um zur Sicherung der Finanzmarktstabilität des gemeinsamen Liquiditätsausgleiches teilzunehmen

Li-Gremium – Liquiditätsgremium genehmigt den Bundes-Liquiditätsnotfallplan und Maßnahmen, welche zu ergreifen sind

L-IPS - Landes Institutional Protection Scheme (Landes-Institutsbezogenes Sicherungssystem) LKGG - Landes-Kundengarantiegemeinschaft

Loan/Deposit Ratio - Forderungen an Kunden in Relation zu Verbindlichkeiten gegenüber Kunden.

LRV - Landesrevisionsverbände

Marktrisiko – Risiko, dass sich der Wert eines Finanzinstruments aufgrund von Schwankungen der Marktpreise verändert. Dabei können solche Fluktuationen auf Faktoren zurückzuführen sein, die für ein individuelles Wertpapier oder seinen Emittenten charakteristisch sind, oder auch auf solche, die alle im Markt gehandelten Wertpapiere betreffen.

NPL – Non-performing Loans (notleidende Kredite). Ein Kredit wird als notleidend eingestuft, wenn davon auszugehen ist, dass der Kunde seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Bank nicht in voller Höhe nachkommen wird oder mit einer wesentlichen Forderung der Bank mindestens 90 Tage in Verzug ist (die ÖRE hat dafür zwölf Indikatoren definiert).

NPL Coverage Ratio – Risikovorsorgen für Forderungen an Kunden im Verhältnis zu den notleidenden Forderungen an Kunden.

NPL Ratio - Notleidende Kredite in Relation zu den gesamten Forderungen an Kunden.

Operationelles Risiko – Risiko von unerwarteten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten können.

ÖRE – Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung

ÖRE-GL - Geschäftsleiter der ÖRE

ÖRV - Österreichischer Raiffeisenverband

Portfolio-Wertberichtigungen – Wertberichtigungen auf Kreditportfolios mit gleichem Risikoprofil, die unter bestimmten Voraussetzungen gebildet werden.

RBI -Raiffeisen Bank International. RBI-Konzern im Gegensatz

RBn - Raiffeisenbank

Risikogewichtete Aktiva (RWA Kreditrisiko) – Diese Bemessungsgrundlage ist die Summe der gewichteten Forderungswerte und umfasst Forderungen in Form von Aktivposten, außerbilanziellen Geschäften sowie das CVA-Risiko.

Risikogewichtete Aktiva (RWA gesamt) – Risikoaktiva (Kreditrisiko, CVA-Risiko) inklusive Markt- und operationellem Risiko.

Risikorat - Entscheidungsgremium im B-IPS

RKÖ - Raiffeisen Kundengarantiegemeinschaft

RLB - Raiffeisenlandesbank

ROE – Return on Equity (Eigenkapitalrentabilität). Ergebnis vor Steuern abzüglich Risikovorsorge im Verhältnis zum Kernkapital.

RZB – Raiffeisen Zentralbank Österreich. RZB-Konzern im Gegensatz zur RZB AG

RZB-Kreditinstitutsgruppe - Die RZB-

Kreditinstitutsgruppe besteht gemäß § 30 BWG aus allen Kreditinstituten, Finanzinstituten, Wertpapierfirmen und Unternehmen mit banknahen Dienstleistungen, an denen die RZB als übergeordnetes Institut mittelbar oder unmittelbar mehrheitlich beteiligt ist oder auf die sie einen beherrschenden Einfluss ausübt.

SEE – Southeastern Europe (Südosteuropa). Das Segment Südosteuropa der RBI umfasst Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, den Kosovo, Kroatien, Rumänien (inkl. Moldau) und Serbien.

Soli – Solidaritätsvereine. Diese auf Bundesländerebene bestehenden Vereine unterstützen auf freiwilliger Basis eventuell in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mitglieds-Raiffeisenbanken.

(Credit) Spread – Renditedifferenz zwischen Anleihen bester Bonität (i. d. R. Staatsanleihen) und Anleihen gleicher Restlaufzeiten, aber geringerer Schuldnerqualität.

SRK – Sektorrisikokomittee; das SRK ist satzungsmässiges Organ der ÖRE

Stresstest – Mit Stresstests wird versucht, extreme Schwankungen der Marktparameter zu simulieren, weil diese in der Regel über VaR-Modelle nicht adäquat berücksichtigt werden (VaR-Werte prognostizieren maximale Verluste unter normalen Marktbedingungen).

Tier 1 Ratio - Tier-I-Kapital in Relation zu den risikogewichteten Aktiva (RWA gesamt).

Überdeckungsquote (Eigenmittel) – Eigenmittelüberdeckung in Relation zum gesamten Eigenmittelerfordernis.

UGB – Unternehmensgesetzbuch. Österreichisches Bundesgesetz über besondere zivilrechtliche Vorschriften für Unternehmen.

VaR – Value at Risk. Potenzieller Verlust, der mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent innerhalb der Haltedauer im betrachteten Portfolio nicht überschritten wird.